

WELTWEITE UMFRAGE DES IGB 2012

Internationaler Gewerkschaftsbund

SCHLUSSBERICHT
UMFRAGE IN 13 LÄNDERN

Anker Solutions

Juni 2012

WELTWEITE UMFRAGE DES INTERNATIONALEN GEWERKSCHAFTSBUNDS 2012

ZUSAMMENFASSUNG

Menschen auf der ganzen Welt - Gewerkschaftsmitglieder oder nicht, von Indonesien bis in die Vereinigten Staaten und von Japan bis Griechenland – äußern grundlegende Verunsicherung. Rund um die Welt ist man davon überzeugt, dass diese tiefe Verunsicherung durch folgende drei Maßnahmen beträchtlich verringert werden könnte:

- 1. Kleine Unternehmen und Arbeitnehmer sollten mehr Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungsprozesse nehmen können und gleichzeitig sollte die Macht der internationalen Banken und Konzerne verringert werden.**
- 2. Die Entscheidung zugunsten von Investitionen in Arbeitsplätze und Wachstum stellt den besten Weg zur Tilgung der Schulden dar. Eine überwältigende Mehrheit zieht diese Art des Handelns den Sparmaßnahmen vor, durch die versucht wird, die Verschuldung unmittelbar durch eine Kürzung der Löhne/Gehälter und der öffentlichen Ausgaben zu verringern.**
- 3. Einzelstaatliche Regierungen sollten im Interesse der Arbeitnehmer/-innen und ihrer Familien handeln und aktive Maßnahmen zur Einkommenssicherung, wie etwa menschenwürdige Leistungen bei Arbeitslosigkeit und angemessene Altersversorgung sowie erschwinglichen Zugang zu Ausbildung, Gesundheit und Kinderbetreuung ergreifen.**

Diese Schlussfolgerungen resultieren aus der *weltweiten Umfrage 2012 des Internationalen Gewerkschaftsbunds*. Im Rahmen der vom internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) in Auftrag gegebenen Studie wurden erwachsene Personen in Belgien, Bulgarien, Brasilien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Japan, Indonesien, Kanada, Mexiko, Südafrika, im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten befragt. In jedem Land wurden circa 1.000 Personen befragt, wodurch eine Gesamtbeteiligung von 13.087 Personen erreicht wurde. Anhand von Quotenstichproben wurde die Zusammensetzung der Befragten in Bezug auf Alter, Geschlecht und Region in den einzelnen Ländern ermittelt.

* * *

Menschen auf der ganzen Welt sind von der Finanzkrise betroffen:

- ▶ Zwei Drittel der Befragten (66 Prozent) bewerten die Wirtschaft ihres Landes als schlecht;
- ▶ Über ein Drittel der Befragten (35 Prozent) gibt an, dass die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit in den letzten zwei Jahren gestiegen ist;
- ▶ Über die Hälfte der Befragten (58 Prozent) sagt, dass die Lebenshaltungskosten mehr als ihre Familieneinkommen steigen;
- ▶ Jede/r siebte Befragte (14 Prozent) hat finanziell zu kämpfen und kann nicht mehr für die grundlegenden Dinge des Lebens, wie Wohnung, Essen und Strom, aufkommen. Zwei Drittel aller Befragten (64 Prozent) sind nicht mehr in der Lage, Geld zu sparen.

Multinationale Banken und Konzerne üben zu viel Einfluss aus. Sehr viele Menschen auf der ganzen Welt sind davon überzeugt, dass internationale Banken (67 Prozent) und Großkonzerne (65 Prozent) zu viel Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungsprozesse ausüben. Umgekehrt haben die Bürger dieser Welt auch den Eindruck, dass kleine Unternehmen (71 Prozent), Wähler (67 Prozent) und Arbeitnehmer (50 Prozent) nicht genug Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen nehmen können.

Banken und Konzerne sollten einen höheren Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten. Die Bürger dieser Welt sind auch der Ansicht, dass Banken (78 Prozent) und Großkonzerne (77 Prozent) mehr als derzeit zur Bewältigung der globalen Finanzkrise beitragen sollten. Arbeitnehmer und kleine Unternehmen sollten dagegen weniger zahlen.

Besorgnis um die Wirksamkeit der aktuellen Arbeitsgesetzgebung. Die Menschen dieser Welt glauben nicht, dass die derzeitigen Arbeitsgesetze für ausreichend Arbeitsplatzsicherheit (71 Prozent) und gerechtes Arbeitsentgelt (70 Prozent) sorgen. In geringerem Ausmaß bezweifelten die Befragten (44 Prozent) auch, dass durch die derzeitigen Arbeitsgesetze angemessene Arbeitszeiten gewährleistet werden können.

Allgemein sehr starke Befürwortung der Arbeitsgesetzgebung. Die Bürger dieser Welt befürworten sehr nachdrücklich eine ganze Reihe von Arbeitsgesetzen, durch die:

- ▶ ‘die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer geschützt wird’ (*wird von 94 Prozent befürwortet, davon von 69 Prozent ‘voll und ganz’*)
- ▶ ‘ein menschenwürdiger Mindestlohn festgelegt und gewahrt wird’ (*89 Prozent dafür, davon 62 Prozent voll und ganz dafür*)
- ▶ ‘den Arbeitnehmern das Recht auf Kollektivverhandlungen gewährt wird’ (*86 Prozent dafür, davon 49 Prozent voll und ganz dafür*)
- ▶ ‘die Arbeitnehmer das Recht auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft erhalten’ (*83 Prozent dafür, davon 43 Prozent voll und ganz dafür*)

Die Bürger dieser Welt wünschen sich aktives Handeln ihrer Regierungen. Nachdrücklicher befürworten die Bürger dieser Welt sogar noch, dass ihre Regierungen Maßnahmen ergreifen, durch die die Arbeitnehmer Zugang zu Folgendem erhalten:

- ▶ ‘Erschwinglicher Zugang zu Gesundheitsversorgung’ (*93 Prozent dafür, 74 Prozent voll und ganz dafür*)
- ▶ ‘Erschwinglicher Zugang zu Ausbildung’ (*94 Prozent dafür, 72 Prozent voll und ganz dafür*)
- ▶ ‘Angemessene Altersversorgung’ (*91 Prozent dafür, 70 Prozent voll und ganz dafür*)
- ▶ ‘Erschwinglicher Zugang zu Kinderbetreuung’ (*90 Prozent dafür, 61 Prozent voll und ganz dafür*)
- ▶ ‘Arbeitslosenunterstützung’ (*81 Prozent dafür, 47 Prozent voll und ganz dafür*)

Warnung: Massive Abkoppelung der regierenden Elite von der Normalbevölkerung. Aus der *Globalen IGB-Umfrage 2012* geht eine massive Abkoppelung der von den meisten einzelstaatlichen Regierungen vorgeschlagenen Sparmaßnahmen vom Wunsch der Bevölkerung nach Investitionen in Arbeitsplätze und Wachstum hervor. Einem Sparansatz, dem der Vorschlag zugrunde liegt, dass wir ‘unsere Schulden jetzt zahlen, indem wir Löhne und Gehälter kürzen und die öffentlichen Ausgaben zurückfahren’, wird eine alternative politische Strategie vorgezogen, bei der es um ‘Investitionen in die Schaffung von Arbeitsplätzen mit menschenwürdigen Löhnen/Gehältern geht, um dadurch wirtschaftliche Nachfrage zu schaffen, die wiederum Wirtschaftswachstum ermöglichen wird, so dass wir unsere Schulden zahlen können.’ Zwei Drittel (66 Prozent) der Befragten bevorzugen Arbeitsplätze und Wachstum, 10 Prozent Sparmaßnahmen und 24 Prozent sprachen sich gleichermaßen für beide Maßnahmen aus.

* * *

Die Ergebnisse dieser Umfrage geben die Meinung von über 1,4 Mrd. Menschen, bzw. 20 Prozent der Weltbevölkerung wieder. Anker Solutions, ein in den Niederlanden ansässiges Unternehmen, war für die Erstellung der Fragebögen, die Auswertung und die Ausarbeitung des Berichts zuständig. TNS Opinion führte zwischen dem 10. April und dem 6. Mai 2012 die Befragung durch.

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG.....	1
INHALT.....	3
ABBILDUNGEN UND TABELLEN	4
KONTEXT: TIEFE VERUNSICHERUNG	5
KÜNFTIGE GENERATIONEN WERDEN ES NICHT BESSER HABEN	8
WIRTSCHAFTLICH SCHWERE ZEITEN: NEGATIVE EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFT.....	10
WIRTSCHAFTLICH SCHWERE ZEITEN: EINKOMMEN KÖNNEN NICHT MIT LEBENSHALTUNGSKOSTEN MITHALTEN	11
VIELE MENSCHEN HABEN FINANZIELL ZU KÄMPFEN	12
ZUNEHMENDE GEFAHR DER ARBEITSLOSIGKEIT	13
WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN DER REGIERUNG: AM MEISTEN EINFLUSS HABEN BANKEN UND GROSSKONZERNE, WÄHLER ÜBEN AM WENIGSTEN EINFLUSS AUS	15
WIRTSCHAFTLICHE ENTSCHEIDUNGSPROZESSE DER REGIERUNG: KLEINUNTERNEHMEN UND ARBEITER SOLLTEN MEHR MACHT HABEN.....	17
DERZEITIGE ARBEITSGESETZE GEWÄHREN UNZUREICHENDEN GESETZLICHEN SCHUTZ.....	19
WELTWEIT WERDEN EINDRINGLICH ARBEITSGESETZE GEFORDERT	22
SEHR STARKE BEFÜRWORDUNG STAATLICHEN HANDELNS	24
BANKEN UND GROSSKONZERNE SOLLTEN MEHR BEZAHLEN	25
WELCHEN BEITRAG DIE BANKEN ZUR GESELLSCHAFT LEISTEN KÖNNEN: BREITE UNTERSTÜTZUNG FÜR FINANZTRANSAKTIONSSTEUER.....	Error! Bookmark not defined.
KÜNFTIGE RICHTUNG: INVESTITIONEN IN ARBEITSPLÄTZE UND WACHSTUM	27
ANHÄNGE	
ANHANG 1 HINTERGRUNDSTATISTIKEN	32
ANHANG 2 BESCHREIBUNG DER UMFRAGEARBEIT	33

ABBILDUNGEN UND TABELLEN

ABBILDUNGEN

Abb. 1 Richtung des Landes (Global)	5
Abb. 2 Richtung des Landes (Land)	6
Abb. 3 Werden es künftige Generationen besser oder schlechter haben?	8
Abb. 4 Wirtschaftliche Situation	10
Abb. 5 Familieneinkommen und Lebenshaltungskosten	12
Abb. 6 Persönliche finanzielle Situation	13
Abb. 7 Gefahr der Arbeitslosigkeit	14
Abb. 8 Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen (Ranking)	15
Abb. 9 Wirtschaftsakteur mit dem größten Einfluss	16
Abb. 10 Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen	17
Abb. 11 Gesetzlicher Kündigungsschutz	19
Abb. 12 Reicht der gesetzliche Schutz aus?	20
Abb. 13 Für oder gegen Gesetze zum Schutz der Beschäftigten?	22
Abb. 14 Für oder gegen spezifische staatliche Maßnahmen?	24
Abb. 15 Wer sollte für die globale Finanzkrise bezahlen?	26
Abb. 16 Politische Prioritäten: Arbeitsplätze und Wachstum oder sparen (Global)	28
Abb. 17 Politische Prioritäten: Arbeitsplätze und Wachstum oder sparen (Land)	29

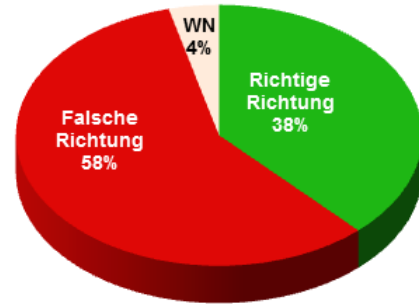
TABELLEN

Tabelle 1 Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen der Regierungen	18
Tabelle 2 Ausreichender gesetzlicher Schutz?	21
Tabelle 3 Gesamtbefürwortung von Gesetzen zum Schutz von Arbeitnehmern	23
Tabelle 4 Starke emotionale Befürwortung von Gesetzen zum Schutz der Arbeitnehmer	23
Tabelle 5 Emotional intensive Befürwortung spezifischer staatlicher Maßnahmen	25
Tabelle 6 Das Endergebnis: Wer bezahlen sollte und wer nicht	27

KONTEXT: TIEFE VERUNSICHERUNG

Weitverbreiteter Pessimismus. Insgesamt gesehen sind die Menschen in den von uns befragten 13 Ländern nicht glücklich. Eine deutliche Mehrheit der Befragten (58 Prozent) ist der Ansicht, dass sich ihr Land auf dem falschen Kurs befindet. Lediglich 38 Prozent sind der Meinung, dass ihr Land den richtigen Kurs eingeschlagen hat. Vier Prozent haben keine Meinung dazu. In den G20-Staaten - Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich, USA, Indonesien, Mexiko, Brasilien, Südafrika, Kanada und Japan – ist die Stimmung etwas weniger negativ (56 Prozent falsche Richtung, 41 Prozent richtige Richtung). Werden alle EU-Staaten andererseits gemeinsam betrachtet, so ist die Stimmung etwas negativer als im Durchschnitt der 13 Länder (59 Prozent falsche Richtung, 39 Prozent richtige Richtung).

Abb. 1 Richtung des Landes



Optimismus in Brasilien, Südafrika und Kanada. Brasilien geht aus unserer Umfrage als das optimistischste Land hervor. Hier gaben zwei von drei Befragten (69 Prozent, vgl. Abb. 2) an, dass ihr Land den richtigen Kurs eingeschlagen hat. Nur 31 Prozent der Befragten glauben, dass sich Brasilien in die falsche Richtung bewegt. Kanada belegt – was vielleicht etwas überrascht – einen guten zweiten Platz: Ganze 61 Prozent der Kanadier glauben, dass das Land den richtigen Kurs eingeschlagen hat, und nur 39 Prozent sind der Ansicht, dass sich Kanada in die falsche Richtung bewegt. Diese Zahlen stehen in scharfem Kontrast zu der düsteren Stimmung in den benachbarten Vereinigten Staaten von Amerika, wo lediglich 35 Prozent der Befragten angeben, dass sie die Richtung des Landes für richtig halten (65 Prozent sagen, dass die Richtung falsch ist). Südafrika ist schließlich das dritte Land, in dem die Optimisten überwiegen: 53 Prozent der in Südafrika Befragten glauben, dass ihr Land sich auf dem richtigen Kurs befindet, und 47 Prozent glauben, dass Südafrika die falsche Richtung eingeschlagen hat.

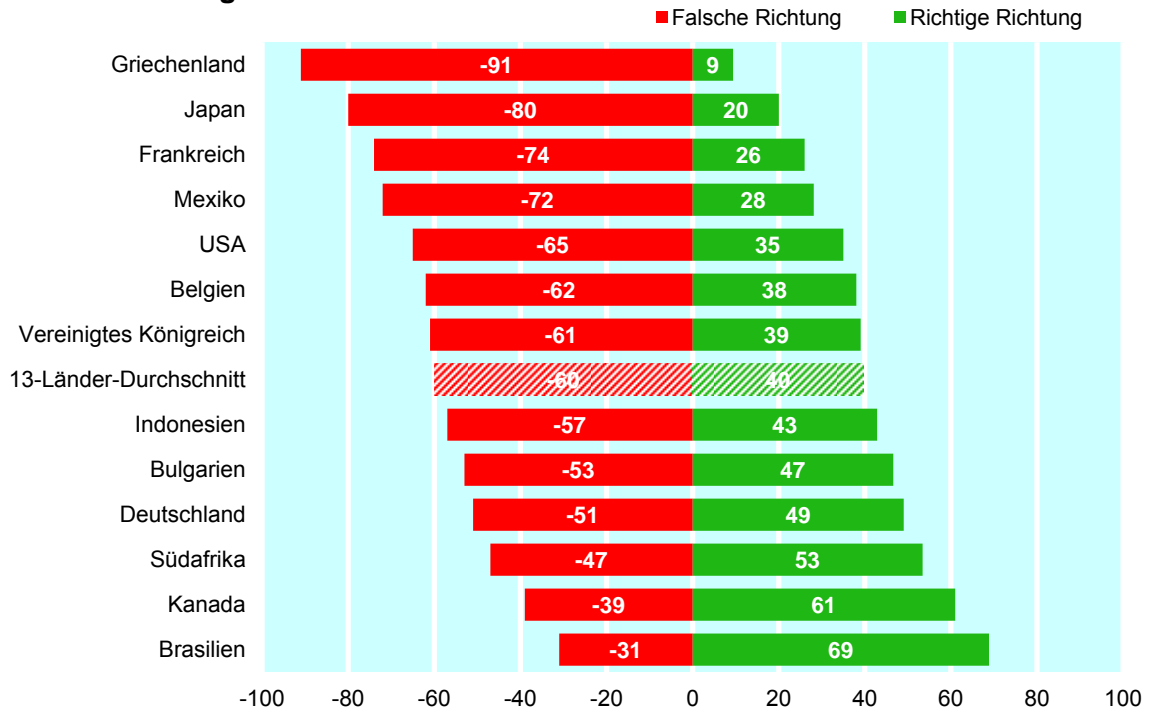
Europa: Hier regiert der Pessimismus. Die Stimmung in Europa mag zwar insgesamt gesehen dem 13-Länder-Gesamtmittelwert sehr ähnlich sein, weist aber beträchtliche Unterschiede unter den sechs in die Umfrage aufgenommenen EU-Mitgliedstaaten auf:

- **Deutschland am wenigsten negativ.** Die Deutschen sind am wenigsten pessimistisch (49 Prozent 'richtige Richtung' gegenüber 51 Prozent 'falsche Richtung'), befinden sich insgesamt gesehen aber dennoch, wenn auch knapp, auf negativem Terrain, und das obwohl Deutschland allgemein als Europas wirtschaftliche Lokomotive betrachtet wird.
- **Pessimismus regiert in Frankreich, im Vereinigten Königreich und in Belgien.** Nur ein Viertel der Befragten in Frankreich (26 Prozent) gibt an, dass Frankreich sich auf dem richtigen Kurs befindet und knapp drei Viertel (74 Prozent) sind der Überzeugung, dass ihr Land den falschen Kurs eingeschlagen hat (Anmerkung: Die Befragung endete vor der Wahl des neuen französischen Präsidenten am 6. Mai). Auch im Vereinigten Königreich (39-61 Prozent) und in Belgien (38-62 Prozent) ist die Stimmung gedrückt.
- **Griechenland fühlt sich völlig elend.** Nur 9 Prozent der Befragten in Griechenland glauben, dass sich ihr Land auf dem richtigen Kurs befindet. Ganze 87 Prozent der Befragten sagen, dass die von Griechenland eingeschlagene Richtung falsch ist. Solche Zahlen werden sonst nur in Ländern erhoben, die gerade einen Krieg hinter sich haben.

Von Pessimismus sind auch Japan, Mexiko und Indonesien erfasst. Japan ist das zweitpessimistischste Land unserer internationalen Umfrage: Nur 20 Prozent der Befragten in Japan sind der Meinung, dass ihr Land sich auf dem richtigen Kurs befindet. Eine überwältigende Mehrheit von 80 Prozent der japanischen Befragten glaubt, dass dies nicht der Fall ist. Über die tiefer liegenden Ursachen dieses Pessimismus können nur Vermutungen angestellt werden, aber es ist anzunehmen, dass das Selbstbewusstsein der Japaner stark unter dem Tsunami und seinen Folgen im letzten Jahr, insbesondere der Kernschmelze in drei Reaktoren des Atomkraftwerks Fukushima Daiichi gelitten hat. Auch die

Mexikaner sind unglücklich (28-72 Prozent), und das obwohl ihr Land wirtschaftlich sehr erfolgreich ist. Aber auch in Asien äußern sich die Befragten in Indonesien nicht sehr enthusiastisch zur Richtung ihres Landes, allerdings nicht so vehement wie ihre Nachbarn im Norden (43-57 Prozent).

Abb. 2 Richtung des Landes



Frage Würden Sie sagen, dass sich Ihr Land insgesamt in die richtige oder die falsche Richtung bewegt? **Anmerkung:** Gesamtzahl (G) =13.087 für den Gesamtdurchschnitt der 13 Länder; G ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land. Die Antworten „weiß nicht“ wurden zur Vereinfachung der Abbildung weggelassen. Der höchste Prozentsatz an unentschiedenen Antworten betrug 12 Prozent. Die Länder sind vom niedrigsten zum höchsten Ergebnis in Bezug auf die (angepasste) 'richtige Richtung' angeordnet.

Zielgruppenspezifische Ergebnisse

- **Frauen sind pessimistischer als Männer.** Männer sehen die Lage weniger düster als Frauen. Von den männlichen Befragten glauben 43 Prozent, dass das Land sich in die richtige Richtung bewegt, und 57 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt. Frauen sind pessimistischer (38 Prozent 'richtige Richtung'; 62 Prozent 'falsche Richtung').
- **Positive Korrelation zwischen Ausbildung und Gemütszustand.** Die Befragten mit dem niedrigsten Ausbildungsniveau sind am pessimistischsten was die Richtung ihres Landes betrifft (nur 30 Prozent sagen 'richtige Richtung', 70 Prozent sagen 'falsche Richtung'). Befragte mit mittlerem Ausbildungsniveau sind etwas weniger pessimistisch (37-67 Prozent) und Befragte mit dem höchsten Ausbildungsstand sehen die Lage am wenigsten düster (43-57 Prozent).
- **Ein Arbeitsplatz macht Menschen optimistischer. Arbeitslosigkeit geht mit Pessimismus einher.** Einundvierzig Prozent der beschäftigten Befragten glauben, dass ihr Land sich in die richtige Richtung bewegt. 54 Prozent sagen, dass es die falsche Richtung ist. Im Gegensatz dazu sagen nur 29 Prozent der sich aktiv auf Jobsuche befindenden Befragten, dass sich ihr Land auf dem richtigen Kurs befindet und satte 71 Prozent behaupten das Gegenteil. Auch die Befragten, die sagen, dass die Gefahr der Arbeitslosigkeit gestiegen ist, sind weniger optimistisch (30-70 Prozent), wohingegen diejenigen, die glauben, dass die Gefahr geringer geworden ist, tendenziell zufriedener sind (44-56 Prozent). Studenten stellen eines der optimistischsten Segmente dar (46-54 Prozent). Die Stimmung unter Pensionären und Rentnern entspricht praktisch dem internationalen Durchschnitt (41-59%).
- **Jeweilige finanzielle Lage des Einzelnen ist ausschlaggebend.** Die Personen, die nicht über genügend Mittel für die Deckung ihrer Grundbedürfnisse, wie Unterkunft, Nahrung und Strom, verfügen, sind überproportional negativ was die Richtung ihres Landes betrifft: Lediglich 26



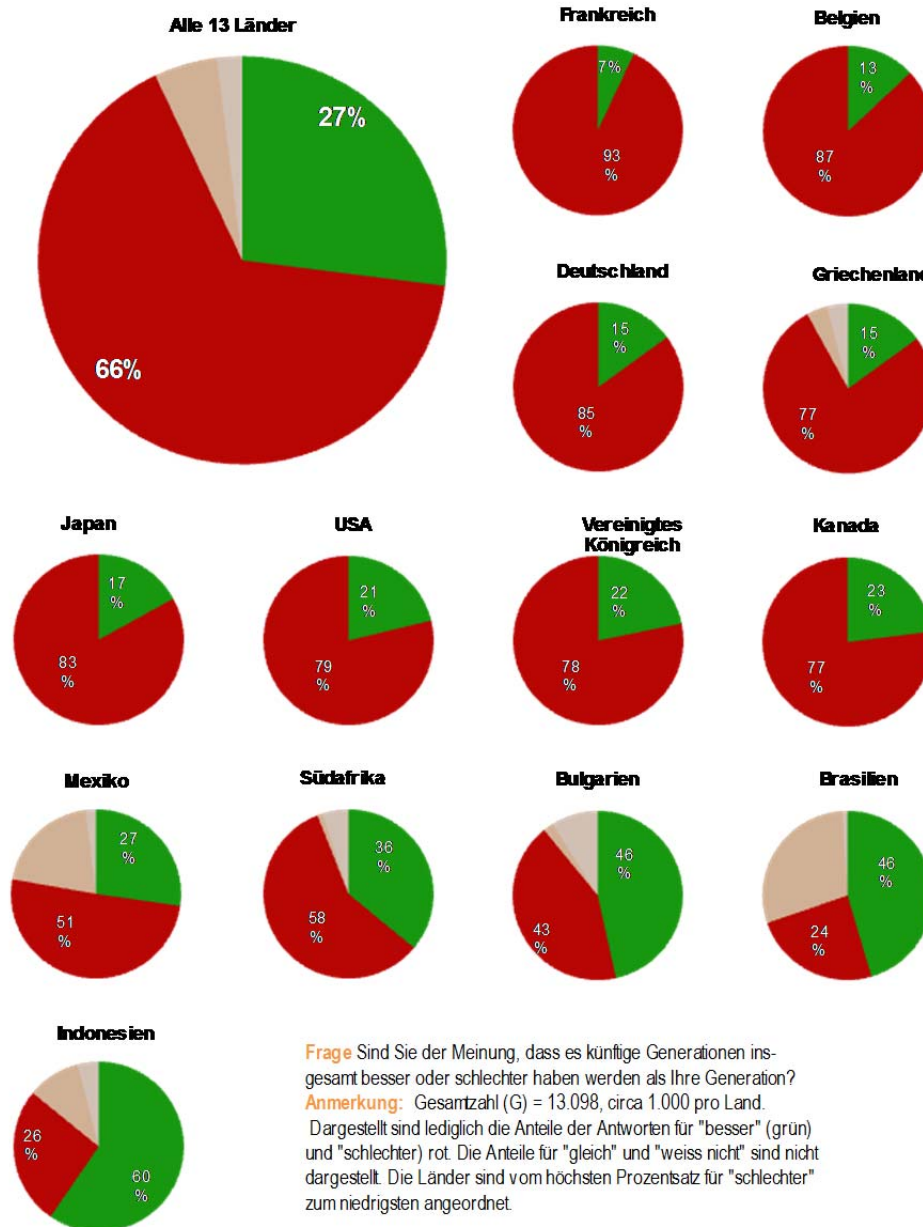
Prozent sagen, dass sich das Land in die richtige Richtung bewegt, wohingegen 74 Prozent sagen, dass sich das Land auf dem falschen Kurs befindet. Auch die Befragten, die zwar genügend Geld für die Deckung ihrer Grundbedürfnisse haben, aber nichts sparen können, sind nicht sehr glücklich über den Kurs, den ihr Land nimmt (36-64 Prozent). Diejenigen, die ein bisschen Geld sparen können, sind insgesamt gesehen mehr oder weniger neutral (48-52 Prozent). Und schließlich hat die Gruppe, die über so viel Einkommen verfügt, dass sie viel sparen kann, ein sehr gutes Gefühl in Bezug auf die Richtung ihres Landes (58-42 Prozent). Ähnliche Muster zeigen sich bei der Einschätzung der Frage, ob das Familieneinkommen gestiegen (55 Prozent 'richtige Richtung'; 'lediglich' 45 Prozent 'falsche Richtung') oder gesunken ist (32-68 Prozent).



KÜNFTIGE GENERATIONEN WERDEN ES NICHT BESSER HABEN

Künftige Generationen werden es nicht besser haben. In den von uns befragten 13 Ländern herrscht tiefe Unsicherheit in Bezug auf das Schicksal künftiger Generationen. Zwei von drei Befragten (66 Prozent, großes Tortendiagramm in Abbildung 3) denken, dass es künftige Generationen ‘schlechter als meine eigene Generation haben werden.’ Nur 27 Prozent der Befragten glauben, dass es künftige Generationen besser haben werden, wohingegen 5 Prozent glauben, dass es beide Generationen gleich haben werden, und 2 Prozent sagen, dass sie es nicht wissen. Das sind schockierende Ergebnisse, denn sie bedeuten, dass die wichtigste Triebfeder für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt, nämlich das Vertrauen in die Aussicht, dass es unseren Kindern und Enkelkindern besser gehen wird, in den meisten befragten Ländern zumindest vorübergehend nicht vorhanden ist. Nur in drei Ländern der Umfrage– alle drei mit pulsierender wirtschaftlicher Dynamik – überwiegen die Optimisten: Indonesien (60 Prozent ‘besser’ gegenüber 26 Prozent ‘schlechter’), Brasilien (46-24 Prozent) und Bulgarien in Europa (46-43 Prozent). In allen übrigen Ländern siegt die Angst über die Hoffnung und es gibt mehr Schwarzseher als Optimisten.

Abb. 3 Werden es künftige Generationen besser oder schlechter haben?



In den G20-Staaten herrscht praktisch genauso viel Verunsicherung wie in den 13 befragten

Ländern zusammen. Fünfundsechzig Prozent der Befragten in den G20-Staaten gehen davon aus, dass es künftigen Generationen schlechter gehen wird, was nur 1 Prozentpunkt unter der entsprechenden Zahl aller befragten Länder zusammengenommen liegt.

Aber die Verunsicherung ist in der EU sogar noch größer. Bestürzende 77 Prozent der Befragten, die in den sechs der befragten EU-Länder leben, glauben, dass es künftigen Generationen schlechter als ihrer eigenen Generation gehen wird. Das liegt 11 Prozentpunkte unter dem internationalen 13-Länder-Durchschnitt. Bei so vielen Menschen, die davon ausgehen, dass es künftigen Generationen schlechter gehen wird, bleiben nur wenige Menschen übrig, die das etwas optimistischer sehen: Nur 21 Prozent, also nur jeder fünfte EU-Befragte geht davon aus, dass es künftigen Generationen besser gehen wird.

Zielgruppenspezifische Ergebnisse

- **Die Verunsicherung nimmt mit steigendem Alter zu.** Nur einer von drei jungen Erwachsenen (34 Prozent) im Alter zwischen 18 und 24 Jahren glaubt, dass es künftigen Generationen besser als der eigenen Generation gehen wird. Einundsechzig Prozent dieser jungen Erwachsenen gehen davon aus, dass es künftigen Generationen schlechter gehen wird. Das macht sie aber immer noch zur optimistischsten Altersgruppe im Hinblick auf künftige Generationen. Alle anderen Altersgruppen machen sich mehr Sorgen: Die Gruppe der 'Familiengründer', die sich aus Befragten zwischen 25 und 39 Jahren zusammensetzt (29 Prozent 'besser'; 61 Prozent 'schlechter'); die Befragten mittleren Alters, die zwischen 40 und 54 Jahre alt sind (26-68 Prozent); die Vorruhestandsgruppe (24-72 Prozent) und die Rentner und Pensionäre, die 65 Jahre oder älter sind (22-72 Prozent).
- **Verunsicherung nimmt mit Ausbildung ab.** Je höher der Ausbildungsstand der Menschen, desto weniger sind sie im Hinblick auf künftige Generationen verunsichert. Aber es ist nicht zu leugnen, dass sogar die Menschen mit dem höchsten Ausbildungsniveau in Bezug auf das Schicksal künftiger Generationen ein höchst unbehagliches Gefühl haben (28-66 Prozent).
- **Das Gespenst der Arbeitslosigkeit lässt die Verunsicherung steigen.** Befragte, die glauben, dass ihre Arbeitsplatzsicherheit in den vergangenen zwei Jahren abgenommen hat, gehen eher davon aus, dass es künftigen Generationen schlechter gehen wird (22-73 Prozent), als Befragte, die den Eindruck haben, dass die Gefahr eher abgenommen hat (29-61 Prozent). Ähnliche Muster liegen auch für damit verknüpfte Indikatoren vor.
- **Eine positive Einschätzung der von dem Land eingeschlagenen Richtung trägt zur Verringerung der Verunsicherung bei.** Wenn die Menschen die allgemeine Richtung ihres Landes positiv einschätzen, haben sie auch ein besseres Gefühl im Hinblick auf das Schicksal künftiger Generationen. Befragte, die sagen, dass ihr Land den falschen Kurs eingeschlagen hat, sind auch sehr besorgt über die Aussichten für künftige Generationen (satt 78 Prozent 'schlechter' und nur 16 Prozent 'besser'). Befragte, die glauben, dass ihr Land sich in die richtige Richtung bewegt, schätzen die Lage künftiger Generationen auch weniger trüb ein (43-50 Prozent). Offensichtlich werfen diese Zahlen einige Fragen hinsichtlich des Kausalitätsflusses auf: Die 'Richtung' kann sich auf die Einschätzung des Wohlergehens künftiger Generationen auswirken, aber ebenso ist anzunehmen, dass negative Gefühle im Hinblick auf die Aussichten künftiger Generationen die Befragten dazu bringen wird, den von ihrem Land eingeschlagenen Kurs negativ zu bewerten. An diesem Punkt ist die wichtigste Schlussfolgerung, dass ein negatives Gefühl überwiegt, ganz gleich von welcher Warte aus man die Dinge betrachtet.

Länderspezifische Ergebnisse

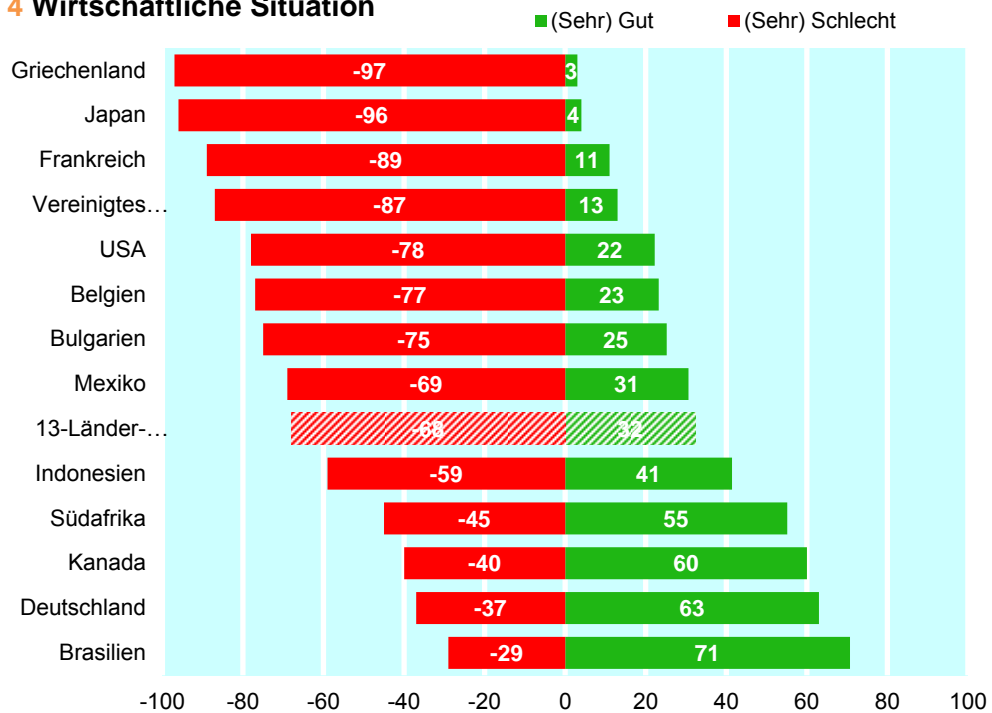
- **Die Verunsicherung konzentriert sich auf Europa.** Am meisten Sorgen um die künftigen Generationen macht man sich in Frankreich (93 Prozent 'schlechter', kleine Tortendiagramme in Abb. 3), Belgien (87 Prozent), Deutschland (85 Prozent) und Griechenland (77 Prozent, die auf 84 Prozent ansteigen, wenn man noch die zusätzlich gelieferten Antworten 'gleich' und 'weiß nicht' berücksichtigt). Das Vereinigte Königreich folgt mit geringem Abstand (78 Prozent). Bulgarien ist die einzige rühmliche Ausnahme Europas mit 'nur' 43 Prozent, die von einer Verschlechterung ausgehen.
- **Auch in Japan besteht wenig Hoffnung.** Die Unsicherheit in Bezug auf die Zukunftsaussichten ist auch in Japan nach dem Tsunami weit verbreitet, wo 83 Prozent der Befragten erwarten, dass es künftigen Generationen schlechter gehen wird.

- **Die Verunsicherung sitzt auch in Nordamerika sehr tief.** Der positive Kontrast zwischen kanadischen Bürgern, die sich in Bezug auf ihr Land viel enthusiastischer äußern als ihre US-amerikanischen Nachbarn, verflüchtigt sich, wenn sie gebeten werden, sich Gedanken über das Schicksal künftiger Generationen zu machen. Amerikaner und Kanadier sind durch ein tief verankertes Gefühl der Verunsicherung miteinander verbunden: Beunruhigende 79 Prozent der amerikanischen Befragten und ein ähnlicher Prozentsatz von 77 Prozent der kanadischen Befragten gehen davon aus, dass es künftigen Generationen schlechter als ihrer eigenen Generation gehen wird.

WIRTSCHAFTLICH SCHWERE ZEITEN: NEGATIVE EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFT

Die meisten Leute betrachten die wirtschaftliche Lage ihres Landes als negativ. Mehr als zwei von drei Befragten weltweit (68 Prozent, schattierter Balken in der Mitte von Abb. 4) stufen die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in ihrem Land als 'schlecht' ein. Lediglich 32 Prozent bezeichnen die aktuelle Wirtschaftslage als gut. In den G20-Staaten sind die Ansichten über die aktuelle Lage der Wirtschaft um 5 Prozentpunkte weniger negativ als im internationalen Durchschnitt (63 Prozent 'schlecht' in der G20, in Abb. 4 nicht aufgeführt), wohingegen die Bewertungen in der EU um 4 Prozentpunkte negativer sind (72 Prozent 'schlecht', in der Abb. nicht aufgeführt).

Abb. 4 Wirtschaftliche Situation



Frage Wie würden Sie die derzeitige wirtschaftliche Situation in Ihrem Land beschreiben?

Anmerkung Gesamtzahl (G) = 13.087 für 13 Länder insgesamt; G ist circa 1.000 für jedes einzelne Land. Die Antworten „weiß nicht“ wurden zur Vereinfachung der Abbildung weggelassen. Der höchste Prozentsatz an unentschiedenen Antworten betrug 2 Prozent. Die Länder sind vom höchsten zum niedrigsten Ergebnis in Bezug auf die (angepasste) 'falsche Richtung' angeordnet.

Länderspezifische Ergebnisse

- **Praktisch ausschließlich negative Einschätzung in Griechenland und Japan.** Griechenland und Japan haben in Bezug auf die Einschätzung der Lage ihrer Wirtschaft durch ihre Bürger den absoluten Tiefpunkt erreicht. Fast alle Befragten beurteilen die Wirtschaft als schlecht – 97 Prozent der Befragten in Griechenland und 96 Prozent in Japan.

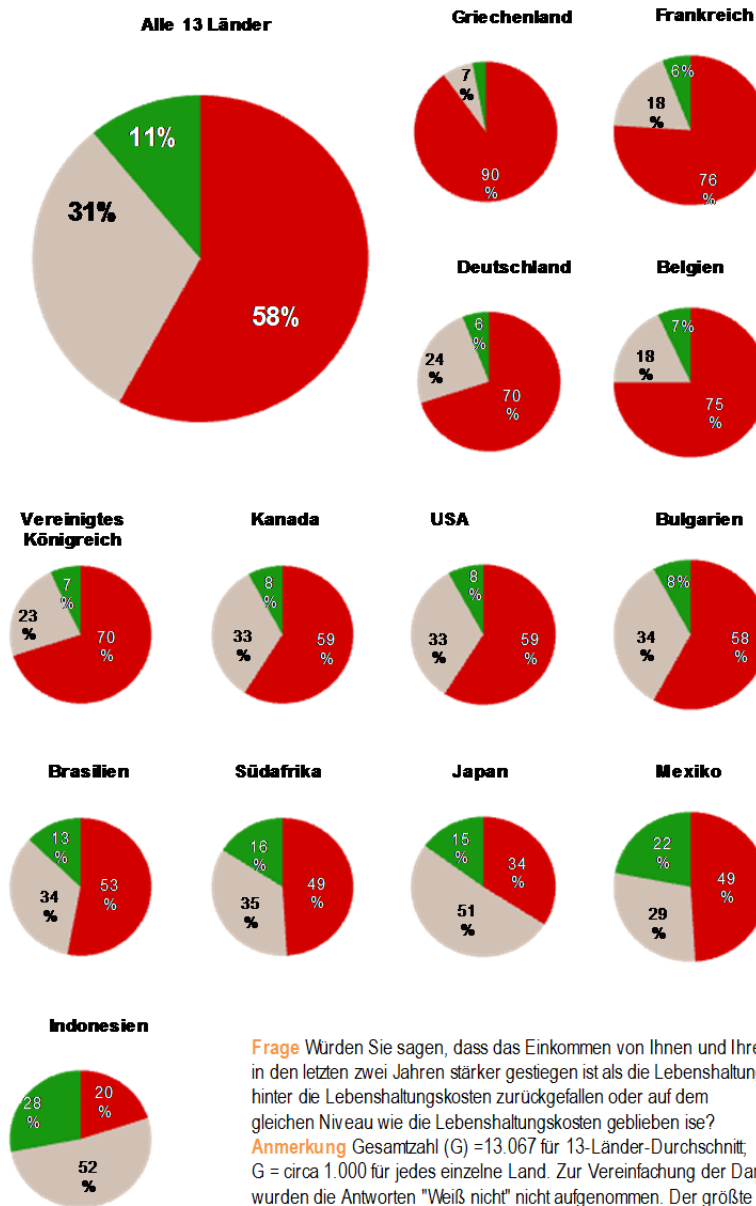
- **Brasilien hebt sich ab.** Ein heller Fleck am wirtschaftlichen Firmament ist Brasilien: 71 Prozent der brasilianischen Befragten beschreiben die wirtschaftliche Lage ihres Landes als gut. Lediglich 29 Prozent stufen die Wirtschaft als schlecht ein.
- **Positive Einschätzungen auch in Deutschland.** Die deutschen Befragten heben sich vom Rest aufgrund ihrer positiven Einschätzung der deutschen Wirtschaft ab: Ganze 63 Prozent der Befragten sagen, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland gut ist und nur 37 Prozent sind der Ansicht, dass die wirtschaftliche Lage schlecht ist. Dabei schneiden die Deutschen im Vergleich zu den fünf anderen in die Umfrage einbezogenen EU-Mitgliedstaaten positiv ab: Griechenland (3-97 Prozent), Frankreich (11-89 Prozent), Vereinigtes Königreich (13-87 Prozent), Belgien (23-77 Prozent) und Bulgarien (25-75 Prozent).
- **Auch Kanada schneidet gut ab.** Eine eindeutige Mehrheit der kanadischen Befragten (60 Prozent) beurteilt die Wirtschaft des Landes als gut, wohingegen 40 Prozent sagen, dass die wirtschaftliche Lage schlecht ist. Diese Zahlen sind erneut wesentlich besser als die Zahlen für die USA (22 Prozent gut; 78 Prozent schlecht). Die Einschätzungen der kanadischen Wirtschaft sind auch viel besser als weiter südlich in Mexiko (31 Prozent gut; 69 Prozent schlecht).

WIRTSCHAFTLICH SCHWERE ZEITEN: EINKOMMEN KÖNNEN NICHT MIT LEBENSHALTUNGSKOSTEN MITHALTEN

Die Einkommen der Familien halten nicht mit den Lebenshaltungskosten mit. Menschen auf der ganzen Welt sind mit großen finanziellen Belastungen konfrontiert. Über die Hälfte der Befragten (58 Prozent, Abb. 5) gibt an, dass das Einkommen der Familie innerhalb der letzten zwei Jahre nicht mit dem Anstieg der Lebenshaltungskosten Schritt gehalten hat. Ein Drittel der Befragten (31 Prozent) sagt, dass das Einkommen ihrer Familie auf dem gleichen Stand wie die Lebenshaltungskosten geblieben ist. Eine kleine Gruppe von 11 Prozent der Befragten gibt an, dass ihr Familieneinkommen sogar mehr als die Lebenshaltungskosten gestiegen ist.

G20 etwas weniger negativ. In den G20-Staaten geben 53 Prozent der Befragten an, dass ihr Familieneinkommen nicht mit den Lebenshaltungskosten mitgehalten hat – 5 Punkte unter dem Gesamtdurchschnitt der 13 befragten Länder. Etwas mehr als ein Drittel (34 Prozent) gibt an, dass das Familieneinkommen mit den Lebenshaltungskosten mitgehalten hat, wohingegen 13 Prozent sagen, dass das Einkommen ihrer Familien stärker als die Lebenshaltungskosten gestiegen ist – 2 Punkte über dem internationalen Mittelwert.

Abb. 5 Familieneinkommen und Lebenshaltungskosten



Frage Würden Sie sagen, dass das Einkommen von Ihnen und Ihrer Familie in den letzten zwei Jahren stärker gestiegen ist als die Lebenshaltungskosten, hinter die Lebenshaltungskosten zurückgefallen oder auf dem gleichen Niveau wie die Lebenshaltungskosten geblieben ist?

Anmerkung Gesamtzahl (G) = 13.067 für 13-Länder-Durchschnitt, G = circa 1.000 für jedes einzelne Land. Zur Vereinfachung der Darstellung wurden die Antworten "Weiß nicht" nicht aufgenommen. Der größte Anteil an "Weiß nicht"-Antworten betrug lediglich 3 Prozent. Die Länder sind vom höchsten Prozentsatz für "hinter die Lebenshaltungskosten zurückgefallen" zum niedrigsten angeordnet. Dies beruht auf dem Muster, das man erhält, wenn die Antworten für "gleich geblieben" (vorübergehend) unberücksichtigt bleiben.

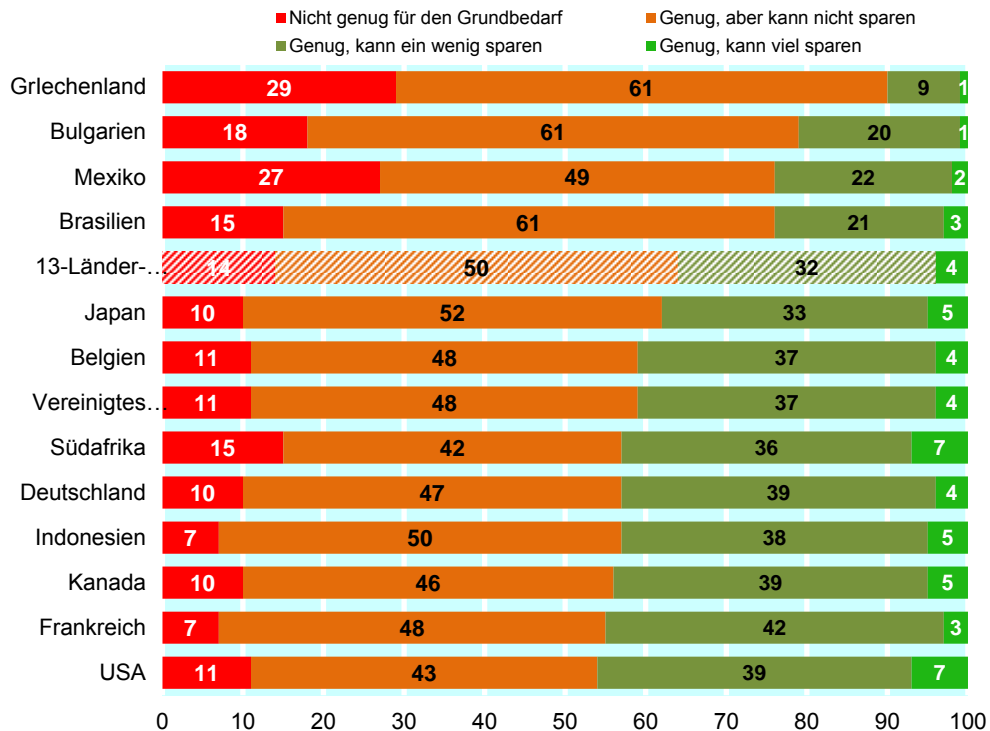
VIELE MENSCHEN HABEN FINANZIELL ZU KÄMPFEN

Viele Menschen haben finanziell zu kämpfen. Insgesamt gesehen hat jeder siebte Befragte (14 Prozent) nicht genügend Geld für grundlegende Dinge wie Wohnung, Essen und Strom. Um die persönlichen Finanzen steht es insbesondere in Griechenland sehr schlecht, wo erschreckende 29 Prozent der Befragten angeben, dass sie nicht über das Geld für die grundlegenden Lebenshaltungskosten verfügen. Auch in Mexiko (27 Prozent) und Bulgarien (18 Prozent) ist die Armut groß.

Zwei von drei Befragten können kein Geld ansparen. 'Geld sparen kannst du vergessen' scheint das Motto zu sein, das aus unserer globalen Umfrage hervorgeht. Es gibt kein einziges Land, in dem mehr als die Hälfte der Menschen Geld ansparen kann. Insgesamt gesehen gibt eine große Mehrheit der Befragten (zwei von drei, d.h. 64 Prozent) an, dass sie nicht in der Lage ist, etwas Geld anzusparen.

Jeder Dritte kann etwas Geld ansparen. Ein Drittel der Befragten (32 Prozent) kann für die grundlegenden Dinge des Lebens aufkommen und gleichzeitig noch 'etwas Geld ansparen'. Weitere vier Prozent geben an, dass sie 'viel Geld' sparen können. Letztere Gruppe der wenigen Glücklichen ist überproportional in den Vereinigten Staaten und Südafrika vertreten (jeweils 7 Prozent).

Abb. 6 Persönliche finanzielle Situation



Frage Wie würden Sie Ihre finanzielle Situation beschreiben? **Anmerkung** Gesamtzahl (G) = 13.087 für alle 13 Länder insgesamt; G ist circa 1.000 für jedes einzelne Land. Die Antworten „weiß nicht“ wurden zur Vereinfachung der Abbildung weggelassen. Der höchste Prozentsatz an unentschiedenen Antworten betrug nur 1 Prozent. Die Länder sind vom höchsten zum niedrigsten kombinierten Ergebnis in Bezug auf 'nicht genug für die grundlegenden Dinge des Lebens' (in Rot) und 'genug für grundlegende Dinge des Lebens, können aber kein Geld ansparen' (in Orange angezeigt) angeordnet.

Länderspezifische Ergebnisse

- **Weit verbreitete Armut in Griechenland, Bulgarien, Mexiko und Brasilien.** In jedem dieser vier Länder sind 75 Prozent oder mehr der Befragten nicht in der Lage, Geld anzusparen. Griechenland führt diese Gruppe mit 90 Prozent an Personen, die nichts ansparen können, an.
- **Restliche Länder bilden eine große zweite Tranche.** Die Antworten in den restlichen neun Ländern sind trotz der großen Unterschiede zwischen diesen Ländern erstaunlich ähnlich. Diese Länder bewegen sich um einen Mittelwert von knapp unter 60 Prozent der Befragten, die nicht in der Lage sind, Geld anzusparen. Die Vereinigten Staaten schneiden in dieser Gruppe am besten ab.

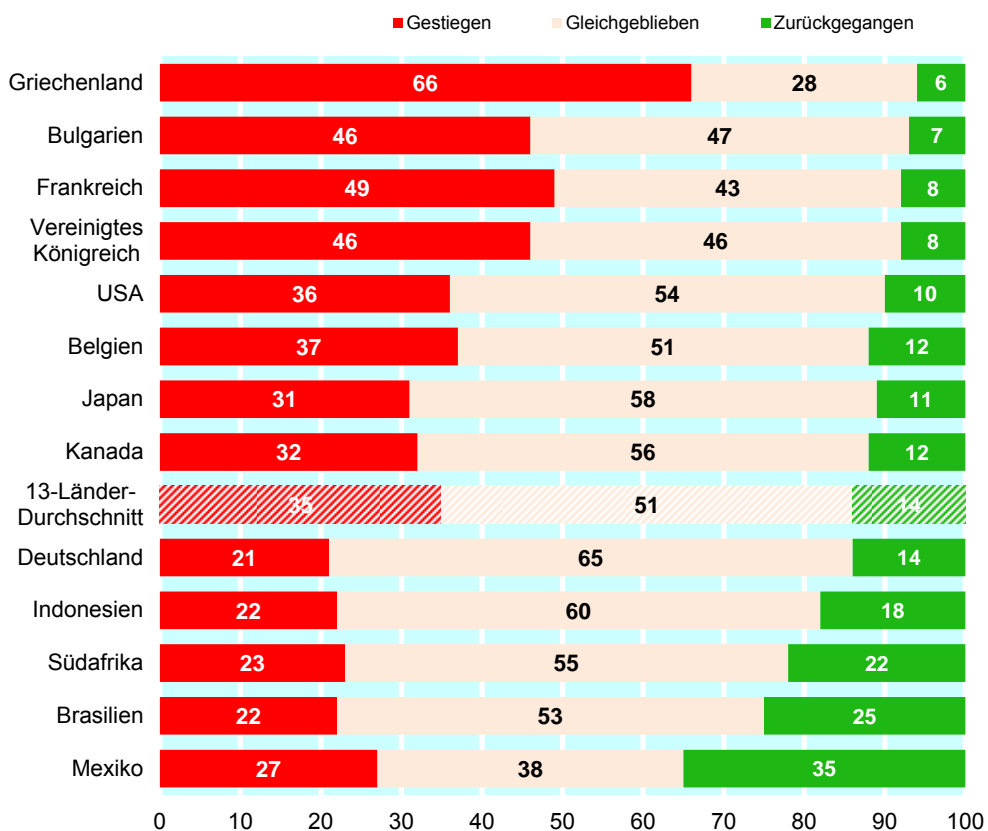
ZUNEHMENDE GEFAHR DER ARBEITSLOSIGKEIT

Zunehmende Gefahr von Arbeitslosigkeit. Fünfunddreißig Prozent der Befragten geben an, dass die Gefahr der Arbeitslosigkeit in den vergangenen zwei Jahren für sie persönlich oder für ihre Familie gestiegen ist. Für circa die Hälfte der Befragten (51 Prozent) gab es keine Veränderungen, während sich die Gefahr der Arbeitslosigkeit für 14 Prozent der befragten Haushalte verringert hat. Die Gefahr der Arbeitslosigkeit ist in den G20-Staaten weniger ausgeprägt ('lediglich' 31 Prozent gestiegen; 53 Prozent gleich und 16 Prozent verringert) und in der EU etwas ausgeprägter (40 Prozent gestiegen; 51 Prozent gleich und nur 10 Prozent verringert).

Länderspezifische Ergebnisse

- **Größte Gefahr in Griechenland.** Zwei Drittel der griechischen Befragten (66 Prozent) geben an, dass die Gefahr der Arbeitslosigkeit gestiegen ist, wohingegen lediglich 6 Prozent glauben, dass sich die Gefahr verringert hat, was die größte Differenz aller 13 in die Umfrage einbezogenen Länder darstellt.
- **Bulgarien, Frankreich und das Vereinigte Königreich bilden eine zweite Tranche.** Diese Ländergruppe ähnelt Griechenland im Hinblick darauf, dass es keine bedeutende Anzahl an Menschen gibt, für die die Gefahr der Arbeitslosigkeit derzeit zurückgeht (einstellige Zahlen). Was die Gruppe von Griechenland unterscheidet ist die Zahl der Personen, die angeben, dass die Gefahr der Arbeitslosigkeit bereits gestiegen ist (im Bereich von 46 bis 49 Prozent gegenüber 66 Prozent in Griechenland).
- **Mexiko ist das einzige Land, in dem mehr Menschen sagen, dass die Gefahr der Arbeitslosigkeit gestiegen ist.** Beeindruckende 35 Prozent der Befragten in Mexiko geben an, dass die Gefahr der Arbeitslosigkeit gesunken ist, wohingegen eine kleinere Gruppe von 27 Prozent sagt, dass die Gefahr gestiegen ist (38 Prozent glauben, dass die Gefahr gleich geblieben ist). Das stellt Mexiko an die Spitzenposition einer führenden Gruppe von Ländern, bestehend aus Brasilien, Indonesien, Südafrika und vielleicht Deutschland, in denen die Gefahr der Arbeitslosigkeit anscheinend, zumindest derzeit, unter Kontrolle zu sein scheint.

Abb. 7 Gefahr der Arbeitslosigkeit



Frage: Ist die Gefahr der Arbeitslosigkeit oder unzureichender Beschäftigung für Sie oder Ihre Familie in den letzten zwei Jahren gestiegen, zurückgegangen oder gleich geblieben? **Anmerkung:** Gesamtzahl (G) = 13.087 für alle 13 Länder insgesamt; G ist circa 1.000 für jedes einzelne Land. Die Antworten „weiß nicht“ wurden zur Vereinfachung der Abbildung mit „gleich geblieben“ kombiniert. Der höchste Prozentsatz an unentschiedenen Antworten betrug nur 5 Prozent. Die Länder sind vom höchsten zum niedrigsten kombinierten Ergebnis in Bezug auf 'gestiegen' angeordnet, basierend auf dem Muster, das man (vorübergehend) erhält, wenn die Antworten 'gleich geblieben' nicht berücksichtigt werden.

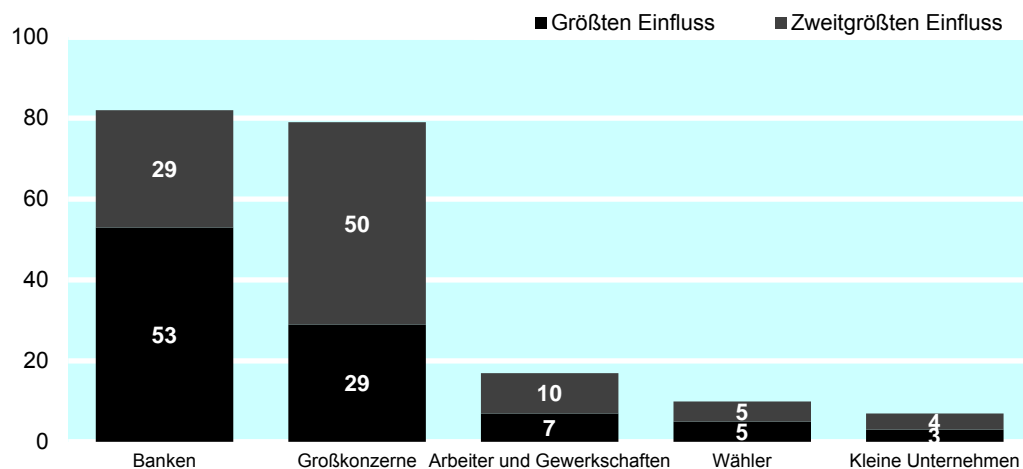
WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN DER REGIERUNG: AM MEISTEN EINFLUSS HABEN BANKEN UND GROSSKONZERNE, WÄHLER ÜBEN AM WENIGSTEN EINFLUSS AUS

Wirtschaftspolitische Entscheidungen: ‘Internationale Banken und Finanzinstitutionen’ am mächtigsten. Über die Hälfte der Befragten (53 Prozent) bezeichnen die internationalen Banken als die mächtigsten Akteure, wenn es um wirtschaftspolitische Entscheidungen durch die nationalen Regierungen in ihren Ländern geht. Neunundzwanzig Prozent der Befragten bezeichnen die Banken als zweitmächtigste Akteure. Alles in allem zählen 82 Prozent der Befragten die internationalen Banken zu den zwei mächtigsten Akteuren im Hinblick auf wirtschaftspolitische Entscheidungen. Praktisch alle Befragten waren sich darin einig, dass diese internationalen Finanzinstitutionen sehr viel Einfluss auf ihre nationalen Wirtschaftssysteme ausüben.

Großkonzerne sind die zweitmächtigsten Akteure. Großkonzerne sind in den Augen der Bürger weltweit die zweitmächtigsten Akteure, wenn es um wirtschaftspolitische Entscheidungen der einzelstaatlichen Regierungen geht. Neunundzwanzig Prozent der Befragten stufen ‘Großkonzerne’ als die mächtigsten Akteure ein. Weitere 50 Prozent setzen sie auf Platz zwei, was insgesamt 79 Prozent ergibt, die Großkonzerne zu den einflussreichsten Akteuren im Hinblick auf wirtschaftspolitische Entscheidungen der einzelnen Staaten zählen.

Arbeiter und Gewerkschaften, Wähler und kleine Unternehmen haben am wenigsten Einfluss. Sehr wenige Befragte betrachten diese Akteure als sehr einflussreich im Hinblick auf wirtschaftliche Entscheidungen. Nur 17 Prozent zählen ‘Arbeiter und ihre Gewerkschaften’ zu den zwei einflussreichsten wirtschaftspolitischen Akteuren. ‘Wähler’ werden lediglich von 10 Prozent aufgeführt und ‘kleine Unternehmen’ kommen zum Schluss und werden nur von 7 Prozent der Befragten genannt.

Abb. 8 Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen (Ranking)

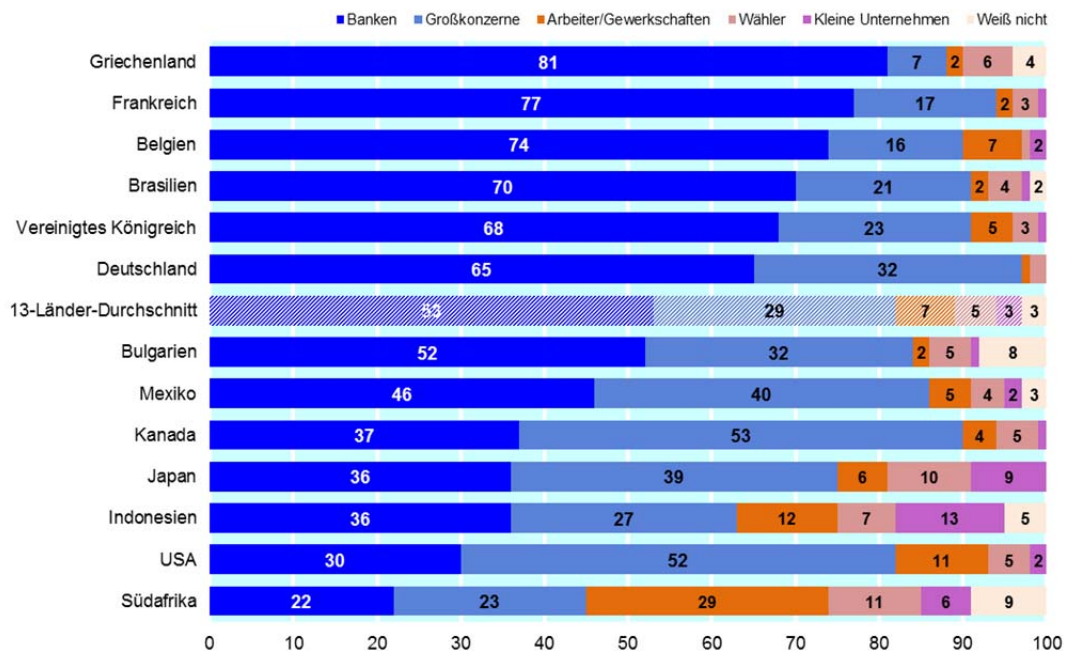


Frage: Welcher der folgenden Akteure hat Ihrer Meinung nach den größten Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Regierung? Und welcher Akteur hat den zweitgrößten Einfluss? **Anmerkung** Gesamtzahl (G) =13.087.

G20: mehr Schwerpunkt auf Großkonzerne und weniger auf Banken. Die Befragten aus den G20-Staaten legen den Schwerpunkt etwas weniger auf die Macht der internationalen Banken (‘nur’ 49 Prozent nehmen sie als die einflussreichsten Akteure wahr, 4 Punkte unter dem internationalen Mittelwert) und tendieren mehr dazu, ‘Großkonzerne’ als einflussreichste Wirtschaftsakteure anzuführen (33 Prozent, 4 Punkte über dem internationalen Mittelwert).

EU: starker Akzent auf Banken. Achtundsechzig Prozent der EU-Befragten, 13 Punkte mehr als der internationale Durchschnitt, bezeichnen internationale Banken als die mächtigsten Wirtschaftsakteure im Hinblick auf die von ihren einzelstaatlichen Regierungen getroffenen Wirtschaftsentscheidungen. Großkonzerne werden von 24 Prozent angeführt, was 5 Prozentpunkte unter dem 13-Länder-Durchschnitt liegt.

Abb. 9 Wirtschaftsakteur mit dem größten Einfluss



Anmerkung Gesamtzahl (G) = 13.087 für den 13-Länder-Durchschnitt; G ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land.

Zielgruppenspezifische Ergebnisse

- **Banken am wichtigsten: negative Korrelation mit Ausbildung.** Weniger gebildete Befragte tendieren eher dazu, Banken (60 Prozent) als die wichtigsten wirtschaftlichen Akteure zu benennen, als mittel oder besser ausgebildete Befragte (jeweils 54 und 53 Prozent). Studenten tendieren am wenigsten dazu, Banken als einflussreichste Akteure anzuführen (48 Prozent).
- **Regierungsangestellte tendieren überproportional dazu, Banken zu benennen.** Sechzig Prozent der Befragten, die für die Regierung arbeiten, führen Banken als mächtigste Wirtschaftsakteure an.
- **Es besteht auch ein Bezug zwischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Benennung von Banken als mächtigste Akteure.** Befragte, deren Familieneinkommen zurückgegangen ist, oder die den Eindruck haben, dass die Gefahr der Arbeitslosigkeit gestiegen ist, tendieren überproportional dazu, Banken als mächtigste Wirtschaftsakteure zu betrachten (beide 59 Prozent).

Länderspezifische Ergebnisse

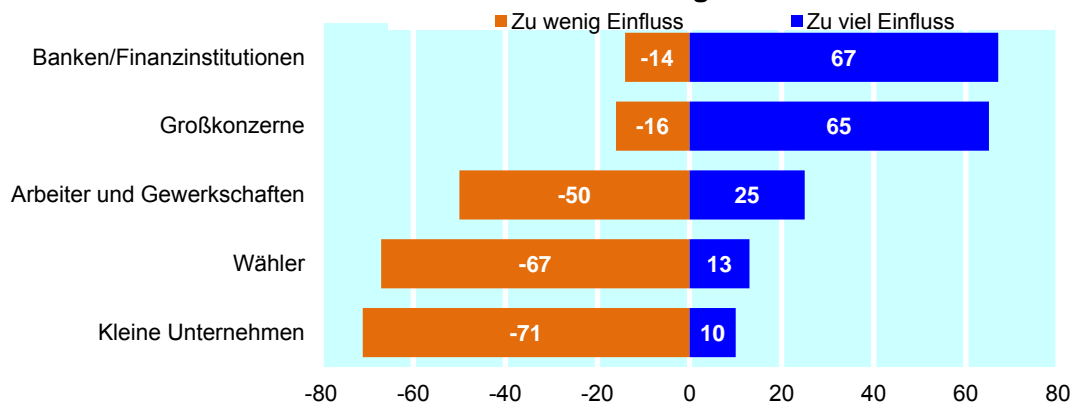
- **Soziodemografische Kontraste im Vergleich zu Unterschieden unter Ländern gering.** Mit Ausnahme von Indonesien und Südafrika besteht vielleicht ein relativ weltweiter Konsens bezüglich der Struktur wirtschaftlicher Macht, aber es gibt immer noch erstaunliche Unterschiede in Bezug darauf, wie schwer die Menschen aus den einzelnen Ländern Banken im Vergleich zu 'Großkonzernen' gewichten.
- **Europa von Banken besessen.** Griechenland (81 Prozent), Frankreich (77 Prozent) und Belgien (74 Prozent) führen das Ranking an, gefolgt vom Vereinigten Königreich (68 Prozent) und von Deutschland (65 Prozent), auf die wiederum ininigem Abstand Bulgarien folgt (52 Prozent).
- **USA und Kanada teilen diese Besessenheit nicht.** Sowohl in den USA als auch in Kanada betrachtet eine Mehrheit Großkonzerne als mächtigste Akteure (jeweils 52 und 53 Prozent). Die Banken stehen an zweiter Stelle und werden von jeweils 30 und 37 Prozent genannt.
- **BRICS-Staaten uneinheitlich.** Brasilien legt wie Europa den Schwerpunkt auf Banken (70 Prozent). Sowohl Indonesien als auch Südafrika sehen eine breiter gefächerte Palette an wichtigsten Wirtschaftsakteuren. Mexiko, das kein offizielles Mitglied des BRICS-Clubs ist, ist gespalten (46 Prozent).
- **Arbeiter und ihre Gewerkschaften gelten in Südafrika als mächtig.** Südafrika ist das einzige Land, in dem ein großer Anteil der Befragten 'Arbeiter und ihre Gewerkschaften' als wichtigste Wirtschaftsakteure betrachten (29 Prozent).

WIRTSCHAFTLICHE ENTSCHEIDUNGSPROZESSE DER REGIERUNG: KLEINUNTERNEHMEN UND ARBEITER SOLLTEN MEHR MACHT HABEN

Internationale Banken und Großkonzerne zu mächtig. Als einflussreichster Wirtschaftsakteur betrachtet zu werden heißt nicht notwendigerweise, als zu einflussreich zu gelten. Das ist aber eindeutig der Fall, wenn es um die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der einzelstaatlichen Regierungen geht. Ein erstaunlicher Anteil von 67 Prozent der Befragten weltweit gibt an, dass ‘internationale Banken und Finanzinstitutionen’ zu viel Einfluss haben. Ein fast ebenso großer Anteil (65 Prozent) sagt, dass auch ‘Großkonzerne’ zu viel Macht ausüben.

Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, Wähler und kleine Unternehmen sollten mehr Macht haben. Drei Akteure werden als zu wenig einflussreich betrachtet, wenn es um wirtschaftspolitische Entscheidungen der Regierungen geht. In erster Linie werden kleine Unternehmen – von jeher die Motoren für die Schaffung von Arbeitsplätzen – als die Akteure betrachtet, die am dringendsten mehr Einfluss erhalten sollten: Ganze 71 Prozent der Befragten weltweit sagen, dass kleine Unternehmen nicht genug Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen ausüben. Darauf folgen an zweiter Stelle die Wähler (67 Prozent sagen, dass sie nicht genug Einfluss haben) und an dritter Stelle ‘Arbeiter und ihre Gewerkschaften’ (50 Prozent sagen, dass sie nicht genug Einfluss haben).

Abb. 10 Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen



Frage: Welcher der folgenden Akteure hat Ihrer Meinung nach den größten Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Regierung? **Anmerkung:** Gesamtzahl (G) = 13.087.

Die Haltung in den G20-Staaten entspricht weitgehend dem internationalen Durchschnitt. Die Haltung der Befragten in den G20-Staaten entspricht im Großen und Ganzen dem Mittelwert aller 13 Umfrageländer. Sechsunundsechzig Prozent der G20-Befragten betrachten internationale Banken und Finanzinstitutionen als zu einflussreich (nur 1 Prozentpunkt unter dem globalen Mittelwert). Vierundsechzig Prozent sagen, dass Großkonzerne zu einflussreich sind (ebenfalls 1 Prozentpunkt unter dem internationalen Mittelwert). Achtundzwanzig Prozent geben an, dass Arbeiter und ihre Gewerkschaften zu einflussreich sind (3 Prozentpunkte unter dem internationalen Mittelwert). Dreizehn Prozent vertreten die Meinung, dass Wähler zu einflussreich sind (entspricht dem 13-Länder-Durchschnitt) und 11 Prozent geben an, dass kleine Unternehmen zu einflussreich sind (1 Prozentpunkt über dem internationalen Mittelwert).

EU-Länder stehen dem Einfluss der Banken kritischer gegenüber. In Anbetracht der Ergebnisse ist es nicht weiter überraschend, dass die Befragten in der EU der Macht der Banken kritischer als die Befragten im weltweiten Durchschnitt gegenüberstehen (76 Prozent, 9 Prozentpunkte über dem internationalen Mittelwert). Die Europäer tendieren auch mehr dazu zu sagen, dass Großkonzerne zu viel Einfluss haben (69 Prozent, 4 Prozentpunkte über dem internationalen Mittelwert). Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften (18 Prozent, 7 Prozentpunkte unter dem internationalen Durchschnitt), Wähler (4 Prozent, 9 Prozentpunkte unter dem internationalen Durchschnitt) und kleine Unternehmen (4 Prozent, 6 Prozentpunkte unter dem internationalen Durchschnitt), die bereits jetzt als zu wenig einflussreich auf dem internationalen Parkett betrachtet werden, werden in Europa als noch weniger einflussreich betrachtet. Europäische Bürgerinnen und Bürger fühlen sich machtlos. Hier braut sich etwas zusammen.

Zielgruppenspezifische Ergebnisse

- **Kritische Haltung gegenüber Banken und großen Konzernen verstärkt sich tendenziell mit zunehmendem Alter.** Neunundfünfzig Prozent der jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 24 Jahren sind der Ansicht, dass Großkonzerne zu einflussreich sind. Für die Gruppe der ‘Familiengründer’, die zwischen 25 und 39 Jahre alt sind, beträgt der entsprechende Prozentsatz 62 Prozent und steigt bei den Personen mittleren Alters auf 68 Prozent und bei der Vorruhestandsgruppe auf 69 Prozent. Rentner und Pensionäre sind in ihrem Urteil etwas milder: 65 Prozent dieser Gruppe glaubt, dass Großkonzerne zu einflussreich sind.
- **Angehörige des öffentlichen Diensts sind sehr kritisch.** Siebzig Prozent der Befragten, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, meinen, dass Großkonzerne zu mächtig sind. Die in der Privatwirtschaft Beschäftigten sind etwas weniger kritisch (64 Prozent).
- **Wirtschaftliche Schwierigkeiten tragen zu kritischeren Haltungen gegenüber Großkonzernen bei.** So geben beispielsweise Befragte, bei denen die Gefahr, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, gestiegen ist (69 Prozent), und Menschen, die nicht für die grundlegenden Dinge des Lebens aufkommen können (63 Prozent) wahrscheinlich eher an, dass Großkonzerne zu einflussreich sind. Das sind interessante Ergebnisse, aus denen sich die Schlussfolgerung ziehen lässt, dass Vorbehalte weit verbreitet sind und sicherlich nicht auf eine Gruppe verbitterter Menschen beschränkt sind, die beruflich gesehen schwere Zeiten hinter sich haben.

Länderspezifische Ergebnisse

- **Banken und Großkonzerne überall außer in Südafrika zu einflussreich.** Südafrika ist das einzige Land, in dem internationale Banken und Finanzinstitutionen insgesamt gesehen *nicht* als zu einflussreich betrachtet werden. Dies geht aus einem negativen Ergebnis von 11 Nettopunkten bezüglich des Einflusses hervor (siehe Tabelle 1, Spalte oben rechts).
- **Banken und Großkonzerne sind der Schwarze Mann in Europa und Brasilien.** Die Nettoergebnisse bezüglich des Einflusses sind für Großkonzerne in den europäischen Ländern und Brasilien sehr hoch (zweite Reihe, linke Seite der Tabelle 1), was zeigt, dass sie in diesen Ländern als etwas zu einflussreich betrachtet werden.
- **Macht ist kein Nullsummenspiel.** Die Einschätzung des Einflusses der Akteure auf wirtschaftliche Entscheidungen korreliert nur teilweise mit der Beurteilung der Frage, ob sie mehr oder weniger Einfluss haben sollten. Die länderspezifischen Muster für die Banken und Großkonzerne sind ziemlich ähnlich. Aber die länderspezifischen Einstufungen für Arbeiter, Wähler und Kleinunternehmen sind tendenziell spezifischer. So haben Arbeiter und Gewerkschaften beispielsweise in Bulgarien (75 Netto-Minuspunkte für Einfluss), Frankreich (negatives Randergebnis von 51 Punkten), Griechenland (negatives Randergebnis von 50 Punkten), Deutschland (negatives Randergebnis von 50 Punkten) und Japan (negatives Randergebnis von 37 Punkten) besonders wenig Einfluss. Auch die brasilianischen Befragten denken, dass Wähler und Kleinunternehmen sehr wenig Einfluss haben.
- **Arbeiter, Wähler und Kleinunternehmen am wenigsten Macht in Bulgarien.** Die Ergebnisse bezüglich des Einflusses sind in diesem Land sehr sehr niedrig: Arbeiter (75 Minuspunkte), Wähler (67 Minuspunkte) und Kleinunternehmen (78 Minuspunkte).

Tabelle 1 Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen der Regierung

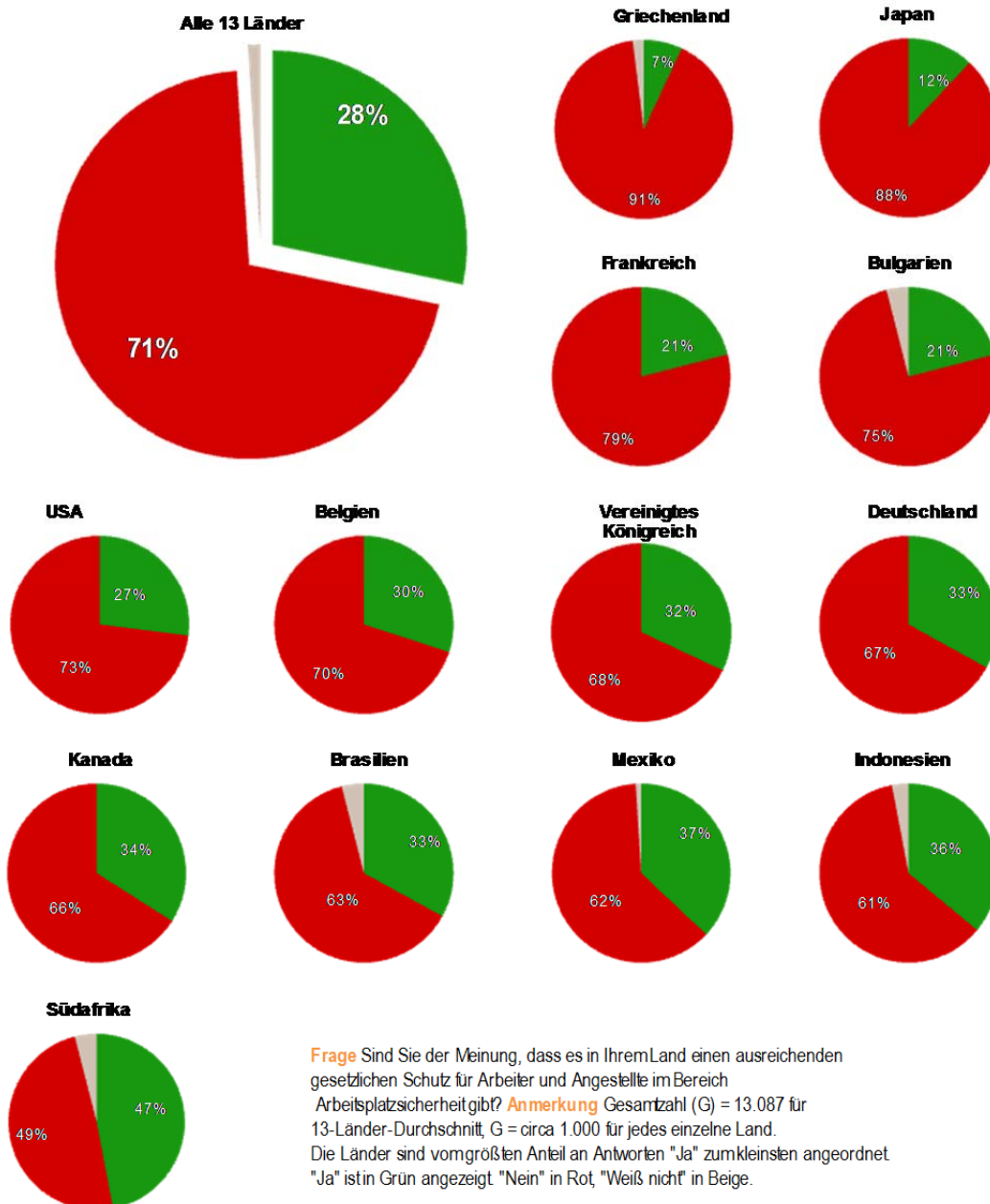
	EL	DE	FR	BR	UK	BE	US	CA	Gesamt	MX	ID	BG	JN	SA
Banken/Finanzinstitutionen	+82	+79	+77	+76	+72	+71	+66	+59	+53	+42	+41	+32	+10	-11
Großkonzerne	+72	+75	+60	+65	+61	+41	+66	+67	+49	+30	+44	+43	+18	-11
Arbeiter und ihre Gewerkschaften	-50	-50	-51	-40	-14	-21	-6	-8	-25	-15	+14	-75	-37	+19
Wähler	-39	-82	-74	-40	-82	-76	-77	-78	-54	-23	+2	-67	-56	-24
Kleinunternehmen	-66	-83	-80	-44	-82	-70	-75	-72	-61	-33	-5	-78	-46	-58

Anmerkung Gesamtzahl (G) =13.087 für alle 13 Länder insgesamt; G ist circa 1.000 für jedes einzelne Land. Die Tabelleneinträge sind Randergebnisse, die als Prozentsatz ‘zu viel Einfluss’ abzüglich Prozentsatz ‘nicht genug Einfluss’ berechnet werden. Positive Nettozahlen zeigen einen Überschuss an Einfluss an; Negative Nettozahlen zeigen einen Mangel an Einfluss an. Die Länder sind vom höchsten zum niedrigsten Ergebnis im Hinblick auf ‘internationale Banken und Finanzinstitutionen’ angeordnet. Anhang 2 enthält eine Liste der Länderkürzel.

DERZEITIGE ARBEITSGESETZE GEWÄHREN UNZUREICHENDEN GESETZLICHEN SCHUTZ

Arbeitsgesetze gewähren Arbeitnehmern unzureichende Arbeitsplatzsicherheit. Mehr als sieben von zehn Befragten (71 Prozent) sagen, dass die Gesetze ihres Landes keine ausreichende Arbeitsplatzsicherheit gewähren. Nur 28 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt; 1 Prozent weiß nicht. Ähnlich Muster sind auch in den G20- und den EU-Ländern zu beobachten.

Abb. 11 Gesetzlicher Kündigungsschutz



Zielgruppenspezifische Ergebnisse

- **Frauen sind kritischer.** Dreiundsiebzig Prozent der weiblichen Befragten sind der Ansicht, dass die Gesetze ihres Landes keinen ausreichenden Schutz bezüglich der Arbeitsplatzsicherheit bieten, was im Vergleich zu den Antworten der männlichen Befragten 6 Prozentpunkte mehr entspricht.

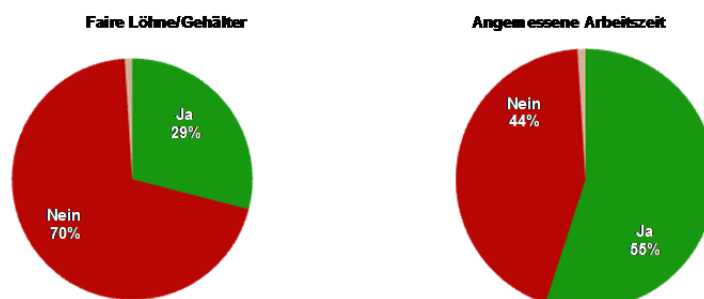
- **Nachsichtigere Antworten bei höherem Bildungsstand.** Die Befragten mit dem niedrigsten Bildungsstand sind am kritischsten im Hinblick auf die derzeitigen Gesetze zur Arbeitsplatzsicherheit (74 Prozent 'nein'; 27 Prozent 'ja'). Befragte mit mittlerem Bildungsstand sind etwas weniger kritisch (72-27 Prozent) und Befragte mit höherem Bildungsstand sind nochmals etwas weniger kritisch (69-30 Prozent). Studenten sind am wenigsten kritisch (34-65 Prozent).
- **Menschen, die keinen Arbeitsplatz haben, sind bezüglich der Arbeitsplatzsicherheit am kritischsten.** Dies ist sicherlich nicht überraschend, da diese Befragten der lebende Beweis dafür sind, dass Gesetze zur Arbeitsplatzsicherheit nicht alle schützen können. Dennoch ist es wichtig zu wissen, dass vier von fünf arbeitslosen Befragten (81 Prozent) angeben, dass die Arbeitsgesetze in ihrem Land keine ausreichende Arbeitsplatzsicherheit bieten. Bei den Personen, die einen Arbeitsplatz haben, kommt die entsprechende Zahl dem internationalen Durchschnitt nahe (69 Prozent).
- **Starke Korrelation mit Einkommen.** Befragte, die nicht für die grundlegenden Dinge des Lebens aufkommen können, sind am kritischsten hinsichtlich der Frage, ob die Gesetze hinreichende Arbeitsplatzsicherheit gewähren (80-18 Prozent), gefolgt von denjenigen, die für die grundlegenden Dinge des Lebens aufkommen, aber kein Geld ansparen können (74-24 Prozent), schließlich gefolgt von den Befragten, die ein bisschen sparen können (37-62 Prozent). Befragte, die viel Geld sparen können, sind die einzigen die glauben, dass die Gesetze ihres Landes ausreichende Arbeitsplatzsicherheit für Erwerbstätige gewährleisten (47-52 Prozent).

Länderspezifische Ergebnisse

- **Griechen am kritischsten.** Befragte aus Griechenland vertreten praktisch einhellig dieselbe Meinung (93 Prozent): Die griechischen Gesetze gewähren Arbeitnehmern keine ausreichende Arbeitsplatzsicherheit. Nach allem, was in Griechenland passiert ist, sind diese Ergebnisse keine große Überraschung.
- **Sehr negatives Gefühl in den angelsächsischen Ländern.** Die eindeutige Mehrheit der Befragten in jedem der drei in die Studie aufgenommenen angelsächsischen Länder geben an, dass die derzeitigen Gesetze den Arbeitnehmern nicht genügend Arbeitsplatzsicherheit gewähren. Die Befragten aus den Vereinigten Staaten sind am kritischsten (73 Prozent), gefolgt von den Befragten aus dem Vereinigten Königreich (68 Prozent). Aber sogar in Kanada sind 66 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass die derzeitigen Gesetze keine ausreichende Arbeitsplatzsicherheit gewähren.
- **Positivste Beurteilung der Arbeitsplatzsicherheit in BRICS-Staaten und Mexiko.** Erstaunlicherweise stammen die positivsten Einschätzungen dazu, inwiefern die Gesetze Arbeitsplatzsicherheit gewähren, von Befragten in Brasilien, Mexiko, Indonesien und Südafrika.

Zusätzliche Besorgnis um den gesetzlichen Schutz fairer Löhne und Gehälter. Eine überwältigende Mehrheit der Befragten (70 Prozent, Abb. 12, Tortendiagramm links) glaubt nicht, dass die derzeitigen Gesetze den Arbeitnehmern hinreichenden Schutz in Bezug auf faire Löhne/Gehälter bieten. Ein Prozent weiß nicht. Die Muster sind in den G20-Staaten und den EU-Ländern ähnlich.

Abb. 12 Reicht der gesetzliche Schutz aus?



Frage: Sind Sie der Meinung, dass es in Ihrem Land einen ausreichenden gesetzlichen Schutz für Arbeiter und Angestellte in folgenden Bereichen gibt? **Anmerkung** Gesamtzahl (G) =13.087. Nur Antworten mit „Ja“ (grün) und „Nein“ (rot) berücksichtigt. Antworten mit „Weiß nicht“ bewusst nicht ausgewiesen.

Die Einschätzungen eines ausreichenden Schutzes im Hinblick auf vernünftige Arbeitszeiten sind positiver. Eine solide und erfreuliche Mehrheit der Befragten (55 Prozent, Tortendiagramm rechts) ist der Ansicht, dass die derzeitigen Gesetze Arbeitnehmern ausreichenden Schutz im Hinblick auf vernünftige Arbeitszeiten bieten. Dennoch glauben 44 Prozent, dass dies nicht der Fall ist. Die kritischsten Stimmen sind in Griechenland (86 Prozent, untere Zeile Tabelle 2 unten) und Brasilien (58 Prozent) zu finden. In Frankreich ist man in dieser Hinsicht relativ zufrieden. Hier glauben 'lediglich' 37 Prozent, dass der rechtliche Schutz zu wünschen übrig lässt.

Gesetzlicher Schutz fairer Löhne/Gehälter: G20 etwas weniger besorgt, EU etwas mehr.

Sechsendsechzig Prozent der Befragten in G20-Staaten (4 Prozentpunkte unter dem weltweiten Durchschnitt) sagen, dass der gesetzliche Schutz fairer Löhne/Gehälter unzureichend ist. Die Befragten in der EU machen sich dagegen etwas mehr Sorgen um den unzureichenden gesetzlichen Schutz eines fairen Arbeitsentgelts (73 Prozent, 3 Punkte über dem internationalen Mittelwert).

Gesetzlicher Schutz angemessener Arbeitszeiten: sowohl G20 als auch EU etwas unbesorgter.

Einundvierzig Prozent der Befragten aus den G20-Staaten sagen, dass der gesetzliche Schutz angemessener Arbeitszeiten unzureichend ist (3 Prozentpunkte unter dem internationalen Mittelwert), wohingegen 'nur' 36 Prozent der EU-Befragten dieser Ansicht sind (8 Prozentpunkte unter dem internationalen Mittelwert). Aus diesen Zahlen geht eine relative Zufriedenheit mit diesen Gesetzen in Europa hervor.

Länderspezifische Ergebnisse

- **Griechenland führt das Ranking – wieder einmal - an.** Die Griechen haben den Eindruck, dass ihnen der gesamte gesetzliche Schutz auf dem Arbeitsmarkt abhandengekommen ist. Beeindruckende 92 Prozent der griechischen Befragten geben an, dass der gesetzliche Schutz bezüglich eines gerechten Arbeitsentgelts unzureichend ist. Zudem geben 86 Prozent an, dass es keinen hinreichenden gesetzlichen Schutz in Bezug auf angemessene Arbeitszeiten gibt.
- **Bulgarien und Frankreich: Sorge um gerechte Löhne/Gehälter, weniger besorgt um angemessene Arbeitszeiten.** Eine überwältigende Mehrheit in Bulgarien (86 Prozent) und Frankreich (84 Prozent) glaubt, dass der gesetzliche Schutz eines gerechten Arbeitsentgelts unzureichend ist. In beiden Ländern sind die Befragten weniger besorgt um ausreichenden gesetzlichen Schutz angemessener Arbeitszeiten (jeweils 49 und 37 Prozent).
- **Angemessene Arbeitszeiten sind ein wichtiges Thema in Griechenland, Japan, Brasilien und Mexiko.** Solide Mehrheiten in diesen Ländern geben an, dass der gesetzliche Schutz unzureichend ist: Griechenland führt (86 Prozent – bereits oben ausgeführt); Japan befindet sich auf dem zweiten Platz (73 Prozent), gefolgt von Brasilien (58 Prozent) und Mexiko (56 Prozent).

Tabelle 2 Ausreichender gesetzlicher Schutz?

	EL	BG	FR	JN	DE	MX	BR	Gesamt	BE	ID	CA	UK	US	SA
Faire Löhne/Gehälter	92	86	84	81	79	77	72	70	65	63	54	53	53	48
Angemessene Arbeitszeiten	86	49	37	73	39	56	58	44	25	39	26	33	31	23

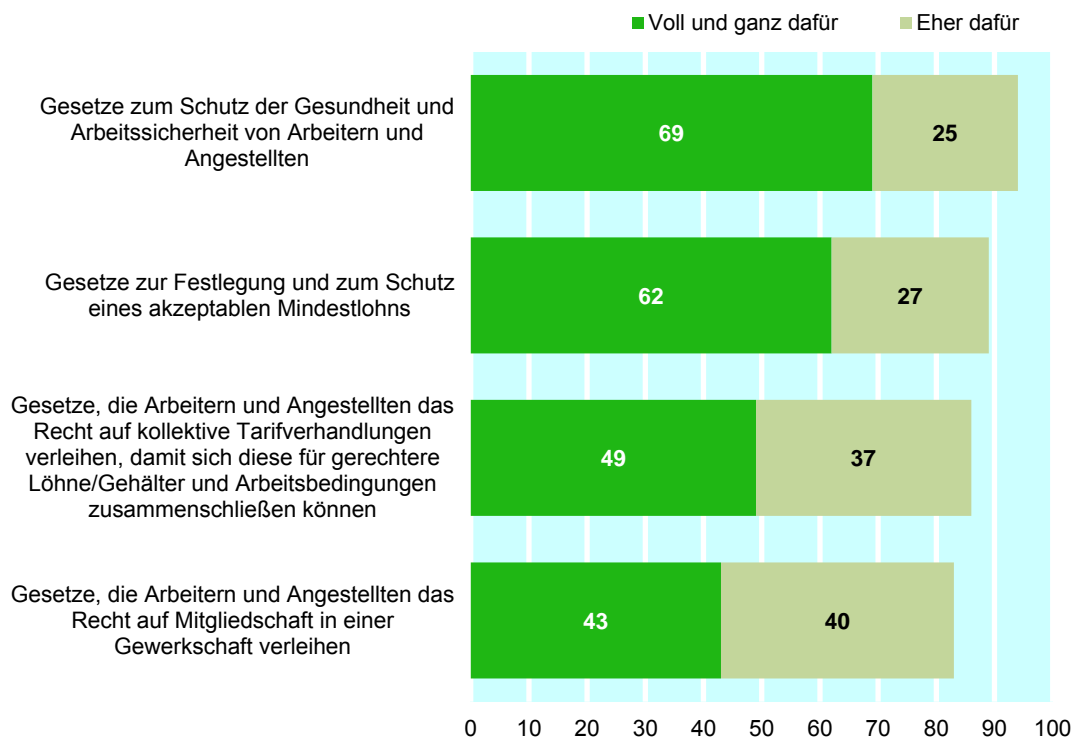
Frage Sind Sie der Meinung, dass es in Ihrem Land einen ausreichenden gesetzlichen Schutz für Arbeiter und Angestellte in folgenden Bereichen gibt? **Anmerkung** Gesamtzahl (G) = 13.087 für den 13-Länder-Durchschnitt; G ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land. Die Tabelleneinträge geben die Anzahl der Befragten, die mit 'Nein' geantwortet haben, wieder. Die Länder sind vom höchsten zum niedrigsten Ergebnis bezüglich 'fairer Löhne/Gehälter' angeordnet. Anhang 2 enthält eine Liste der Länderkürzel.

WELTWEIT WERDEN EINDRINGLICH ARBEITSGESETZE GEFORDERT

Weltweit werden eindringlich Arbeitsgesetze gefordert. Menschen auf der ganzen Welt fordern mehrheitlich eine ganze Reihe von Arbeitsgesetzen in den Bereichen Gesundheit und Sicherheit (94 Prozent 'dafür,' davon 69 Prozent 'voll und ganz dafür', was eine grundlegende emotionale Befürwortung zum Ausdruck bringt), Mindestlohn (89 Prozent dafür, davon 62 Prozent voll und ganz dafür), Kollektivverhandlungen (86 Prozent dafür; 49 Prozent voll und ganz dafür) und grundlegendes Recht auf Gewerkschaftsbeitritt (83 Prozent dafür; 43 Prozent voll und ganz dafür). Es gibt keine wirkliche Opposition gegen diese Gesetze.

Ähnliche Forderung in G20- und EU-Staaten. Sowohl die G20- als auch die EU-Staaten verspüren einen ähnlichen Drang nach Arbeitsgesetzen, die zum Schutz der Arbeitnehmer beitragen. Die Antworten in beiden Ländergruppen sind den weltweit gegebenen Antworten sehr ähnlich. Der einzige (kleine) Unterschied besteht in der emotionalen Intensität. Die EU liegt 4 bis 8 Prozentpunkte unter dem weltweiten Mittelwert, was auf eine etwas geringere emotionale Befürwortung jedes der vier Arbeitsgesetze schließen lässt.

Abb. 13 Für oder gegen Gesetze zum Schutz der Beschäftigten?



Frage Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die folgenden Gesetze, ob Sie jeweils voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen sind. **Anmerkung** Gesamtzahl = 13.087. Die Punkte sind vom höchsten zum niedrigsten Ergebnis hin angeordnet.

Zielgruppenspezifische Ergebnisse

- **Weniger gebildete Befragte heben sich ab.** Bei dieser Gruppe ist die Forderung nach Arbeitsgesetzen emotional gesehen sehr nachdrücklich. Das zeigt sich im Vergleich zum internationalen Mittelwert anhand der beständig höheren Ergebnisse für 'voll und ganz dafür' für jedes der vier Arbeitsgesetze:
 - ▶ Gesetze zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer (78 Prozent 'voll und ganz dafür' – 9 Punkte über dem weltweiten Mittelwert);
 - ▶ Gesetze zum Mindestlohn (68 Prozent 'voll und ganz dafür' – 6 Prozentpunkte über dem weltweiten Mittelwert);
 - ▶ Gesetze, die Arbeitnehmern das Recht auf Kollektivverhandlungen geben (60 Prozent 'voll und ganz dafür' – beachtliche 11 Prozentpunkte über dem internationalen Mittelwert). Dieses Recht,

so abstrakt es sich für manche auch anhören mag, hat für diese Gruppe von Befragten eine sehr greifbare Bedeutung.

- ▶ Recht auf Gewerkschaftsbeitritt (47 Prozent ‘voll und ganz dafür’ – 4 Punkte über dem weltweiten Mittelwert).

Überwältigende Befürwortung von Arbeitsgesetzen in jedem der 13 Länder. Weltweit stehen die Menschen voll und ganz hinter dem Konzept der Arbeitsgesetze. Größtenteils werden die vier hier berücksichtigten Arbeitsgesetze in den einzelnen Ländern von über 90 Prozent befürwortet.

Tabelle 3 Gesamtbefürwortung von Gesetzen zum Schutz von Arbeitnehmern

	BR	DE	ID	FR	UK	MX	JN	EL	Gesamt	CA	BE	US	BG	SA
Gesetze zum Schutz der Gesundheit und Arbeitssicherheit	98	98	97	96	95	95	92	95	94	96	93	96	82	85
Gesetze zur Festlegung und zum Schutz eines akzeptablen Mindestlohns	96	93	94	94	95	90	89	88	89	93	88	90	74	76
Gesetze, die Arbeitnehmern das Recht auf kollektive Tarifverhandlungen verleihen, damit sich diese für gerechtere Löhne/Gehälter und Arbeitsbedingungen zusammenschließen können	93	90	92	91	86	91	89	91	86	84	83	76	86	72
Gesetze, die Arbeitnehmern das Recht auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft verleihen	86	91	89	88	89	84	87	81	84	77	82	77	79	76

Anmerkung Gesamtzahl (G) =13.087 für den 13-Länder-Durchschnitt; G ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land. Die Tabelleneinträge sind die Zahlen der Befragten, die mit ‘voll und ganz dafür & eher dafür’ geantwortet haben. Die Länder sind vom höchsten zum niedrigsten Ergebnis zu allen vier Gesetzen angeordnet. Anhang 2 enthält eine Liste der Länderkürzel.

Da die Befürwortung einzelner Arbeitsgesetze unwahrscheinlich hoch ist, ist die emotionale Intensität der Befürwortung, die gemessen wird am Verhältnis der Befragten, die sagen, dass sie die ihnen genannten Arbeitsgesetze ‘voll und ganz befürworten’, am aufschlussreichsten:

Tabelle 4 Starke emotionale Befürwortung von Gesetzen zum Schutz der Arbeitnehmer

	EL	ID	BR	MX	DE	Gesamt	SA	CA	UK	BG	US	FR	BE	JN
Gesetze zum Schutz der Gesundheit und Arbeitssicherheit	91	85	90	73	69	69	67	71	62	56	69	59	57	48
Gesetze zur Festlegung und zum Schutz eines akzeptablen Mindestlohns	80	78	85	67	65	62	50	65	65	46	59	54	50	44
Gesetze, die Arbeitnehmern das Recht auf kollektive Tarifverhandlungen verleihen, damit sich diese für gerechtere Löhne/Gehälter und Arbeitsbedingungen zusammenschließen können	82	74	65	59	49	49	42	35	34	58	35	37	34	31
Gesetze, die Arbeitnehmern das Recht auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft verleihen	65	67	51	52	50	43	46	32	39	40	30	34	33	25

Anmerkung Gesamtzahl (G) =13.087 für den 13-Länder-Durchschnitt; G ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land. Die Tabelleneinträge sind die Zahlen der Befragten, die mit ‘voll und ganz’ geantwortet haben. Die Länder sind vom höchsten zum niedrigsten durchschnittlichen Ergebnis zu allen vier Gesetzen angeordnet. Anhang 2 enthält eine Liste der Länderkürzel.

Länderspezifische Ergebnisse

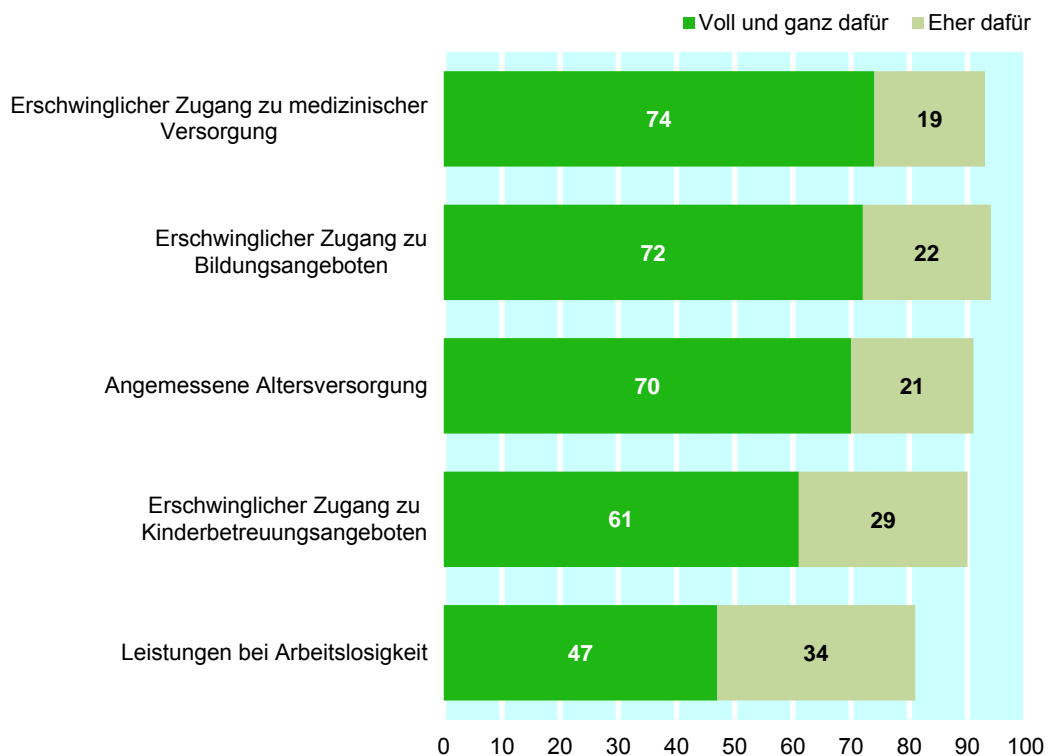
- **Griechenland, Indonesien, Brasilien und Mexiko begrüßen Arbeitsgesetze voll und ganz.** Arbeitsgesetze wecken in diesen Ländern sehr starke positive Gefühle.
- **Sehr schwache Reaktion in Japan.** In Japan ist die Reaktion zumindest emotional gesehen am schwächsten was jedes der vier genannten Arbeitsgesetze betrifft.

SEHR STARKE BEFÜRWORTUNG STAATLICHEN HANDELNS

Staatliches Handeln weckt sogar noch stärkere Emotionen als Arbeitsgesetzgebung. Die Menschen rund um den Globus wünschen sich mit überwältigender Mehrheit, dass ihre Regierungen an einem erschwinglichen Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Kinderbetreuung arbeiten (mindestens 91 Prozent 'dafür' und davon mindestens 70 Prozent 'voll und ganz'). Auch ein weiteres Ziel für staatliches Handeln, nämlich eine angemessene Altersversorgung, erhält ähnlich positive Antworten. Und schließlich begrüßen die Befragten weltweit auch die Idee, dass die Regierung an den Arbeitslosenbezügen arbeitet (81 Prozent 'dafür'). Diese Reaktionen sind sogar noch stärker, als die bereits emotional sehr intensiven Reaktionen auf die im vorhergehenden Abschnitt erörterten Arbeitsgesetze. Das Handeln der Regierung ist das, worauf es wirklich ankommt, so die Befragten.

G20 gleichmäßig positiv, EU eher schwache Reaktion. Insgesamt gesehen ist die Befürwortung der fünf Ziele für staatliches Handeln sowohl in der G20 als auch in der EU sehr nachhaltig. Während die G20-Staaten eine ähnliche Art emotionaler Reaktion wie alle dreizehn befragten Länder zusammen aufweisen, bleibt die emotionale Intensität in der EU um ein paar Prozentpunkte zurück. Die größten negativen Kontraste in der EU wurden für Arbeitslosenunterstützung (11 Prozentpunkte weniger) und Kinderbetreuung (9 Prozentpunkte weniger) verzeichnet. Aber diese Maßnahmen werden dennoch überall, einschließlich in der EU, sehr stark befürwortet.

Abb. 14 Für oder gegen spezifische staatliche Maßnahmen?



Frage Wären Sie voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen, dass die Regierung an der Bereitstellung folgender Leistungen für Arbeiter und Angestellte arbeitet? **Anmerkung** Gesamtzahl =13.087. Staatliche Maßnahmen angeordnet vom höchsten zum niedrigsten 'voll und ganz dafür' Ergebnis.

Zielgruppenspezifische Ergebnisse

- **Weniger gebildete Befragte heben sich – erneut – deutlich ab.** Hier liegt die intensive Befürwortung (gemessen an ‘voll und ganz dafür’) um 7 bis 10 Prozentpunkte für jedes der Ziele staatlicher Maßnahmen höher. Staatliches Handeln hat für diese Gruppe eine sehr spezielle Bedeutung.

Tabelle 5 Emotional intensive Befürwortung spezifischer staatlicher Maßnahmen

	EL	BR	MX	ID	DE	SA	Gesamt	CA	BG	UK	FR	BE	US	JN
Erschwinglicher Zugang zu medizinischer Versorgung	92	93	78	89	78	72	74	80	59	70	71	69	61	52
Erschwinglicher Zugang zu Bildung	91	93	84	90	70	76	72	66	61	67	66	66	59	40
Angemessene Altersversorgung	94	91	77	81	77	65	70	70	56	69	69	65	57	40
Erschwinglicher Zugang zu Kinderbetreuungsangeboten	91	88	78	74	62	68	61	49	63	44	45	42	43	43
Leistungen bei Arbeitslosigkeit	90	58	69	23	48	54	47	58	47	31	29	23	46	37

Anmerkung Gesamtzahl = 13.087. Staatliche Maßnahmen angeordnet vom höchsten zum niedrigsten durchschnittlichen Ergebnis für die fünf Ziele staatlichen Handelns.

Länderspezifische Ergebnisse

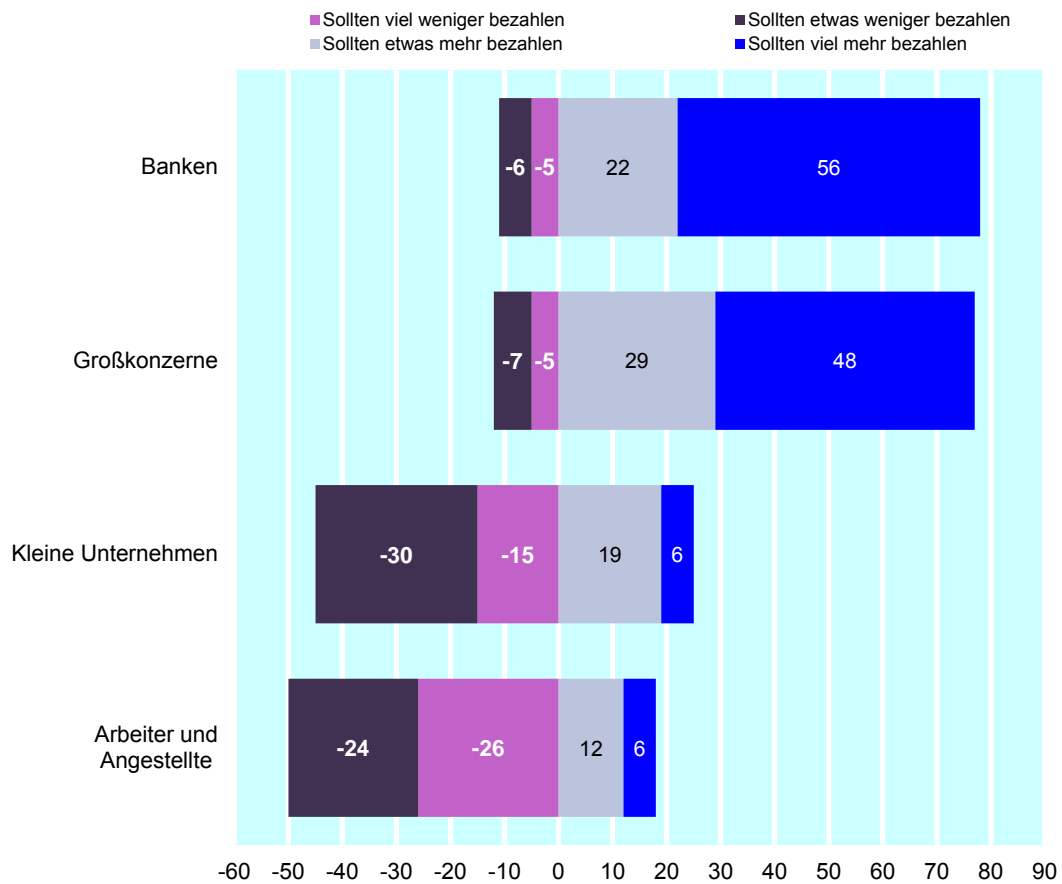
- **Griechenland, Brasilien, Mexiko und Indonesien begrüßen staatliche Maßnahmen sehr nachhaltig.** Die genannten Ziele für staatliches Handeln wecken sehr starke positive Emotionen in diesen Ländern. Die einzige Ausnahme bildet das Konzept staatlicher Maßnahmen in Bezug auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit in Indonesien, das offensichtlich als zu fernes Ziel betrachtet wird und lediglich von 23 Prozent unterstützt wird.
- **Länderranking ähnelt stark den Antworten zu den Arbeitsgesetzen.** Das auf den Durchschnittsergebnissen zu diesen Punkten basierende Länderranking, ähnelt sehr stark dem Ranking im Hinblick auf die Arbeitsgesetze im vorhergehenden Abschnitt. Es gibt nur kleine Unterschiede bei dem Ranking. Das legt dringend nahe, dass die Arbeitsgesetze aus dem vorhergehenden Abschnitt und die Ziele für staatliches Handeln vorliegenden Abschnitts im Grunde Ausdruck desselben zugrundeliegenden Kontinuums sind.

BANKEN UND GROSSKONZERNE SOLLTEN MEHR BEZAHLEN

Das Verursacherprinzip. Über die Hälfte der Befragten (56 Prozent) möchte, dass internationale Banken und Finanzinstitutionen ‘viel mehr’ für die Bewältigung der Finanzkrise bezahlen. Diese Zahlen bringen sehr starke Emotionen zum Ausdruck. Die Banken sind offensichtlich die Bösen. Insgesamt wünschen sich 3 von 4 Befragten weltweit (78 Prozent), dass die Banken mehr, als sie das derzeit tun, bezahlen. Aber es geht nicht nur um die Banken. Auch die Großkonzerne tragen Verantwortung für die Finanzkrise und fast die Hälfte der weltweit Befragten erwartet von ihnen, dass sie ‘viel mehr’ bezahlen, was auf 77 Prozent ansteigt, wenn man auch ‘sollten etwas mehr bezahlen’ berücksichtigt. Das sind erstaunliche Zahlen, die uns zeigen, wie tief die Verärgerung der Öffentlichkeit im Hinblick auf internationale Banken und Großkonzerne sitzt. Bisher haben Banken und Großkonzerne sehr wenig dazu beigetragen, den Ärger auf positive Art und Weise zu kanalisieren.

Kleine Unternehmen und Arbeitnehmer kommen gut weg. Sie haben wenig falsch gemacht und es besteht keine Notwendigkeit für sie, einen finanziellen Beitrag zur Bewältigung der weltweiten Krise zu leisten. Genau die Hälfte der Befragten (50 Prozent) glaubt, dass Arbeitnehmer weniger für die Bewältigung der Krise bezahlen sollten. Für kleine Unternehmen beträgt diese Zahl 45 Prozent. Nur wenige Menschen sind der Ansicht, dass Arbeitnehmer und kleine Unternehmen mehr als derzeit zahlen sollten (nur 18 Prozent für Arbeitnehmer und 25 Prozent für kleine Unternehmen). Die emotionale Intensität ist mit genau 6 Prozent für beide sehr gering.

Abb. 15 Wer sollte für die globale Finanzkrise bezahlen?



Frage Wie Sie wahrscheinlich wissen, befinden wir uns in einer weltweiten Finanzkrise und viele Regierungen sind in Schwierigkeiten. Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die folgenden Akteure, ob diese Ihrer Meinung nach viel mehr, etwas mehr, etwas weniger oder viel weniger bezahlen sollten, um diese Probleme zu überwinden, oder ob Sie der Meinung sind, dass diese genug bezahlen. **Anmerkung** Gesamtzahl = 13.087. Die Zahlen ergeben insgesamt nicht 100, da die Kategorien 'bezahlen genug' und 'weiß nicht' nicht einbezogen wurden. Die Akteure sind vom höchsten Gesamtergebnis für 'bezahlen' zum niedrigsten angeordnet.

G20 im Großen und Ganzen mit weltweiter Meinung konform. Die Randergebnisse für die G20-Staaten sind den weltweiten Ergebnissen sehr ähnlich.

Meinung in EU-Ländern ausgeprägter. Die EU-Länder sind unnachgiebiger, wenn es darum geht, dass die internationalen Banken und (andere) Großkonzerne für die Bewältigung der Krise bezahlen sollten. Das Randergebnis für die Banken in Europa liegt bei 74 Prozent, 7 Prozentpunkte über dem internationalen Durchschnitt. Das Ergebnis für Großkonzerne ist ebenfalls 74 Prozent, 11 Prozentpunkte über dem internationalen Durchschnitt. Umgekehrt sind die Europäer auch unnachgiebiger, wenn es darum geht, dass Arbeitnehmer und kleine Unternehmen weniger für die Bewältigung der Krise bezahlen sollen. Das Randergebnis für kleine Unternehmen ist -28 Prozentpunkte, 8 Prozentpunkte unter dem internationalen Mittelwert. Für Arbeitnehmer beläuft sich die Differenz auf 9 Prozentpunkte, mit einem negativen Randergebnis von 41 Prozentpunkten.

Tabelle 6 Das Endergebnis: Wer bezahlen sollte und wer nicht

	DE	BR	EL	FR	MX	BE	BG	ID	Gesamt	CA	UK	US	JN	SA
Internationale Banken	+91	+87	+84	+79	+74	+71	+70	+67	+67	+65	+62	+52	+42	+28
Großkonzerne	+90	+83	+81	+80	+70	+66	+76	+66	+65	+65	+57	+49	+37	+31
Kleine Unternehmen	-40	-19	-40	-29	+8	-16	-16	-16	-20	-10	-35	-27	-16	-9
Arbeitnehmer	-48	-48	-53	-46	-11	-48	-38	-13	-32	-25	-27	-27	-22	-9

Anmerkung Gesamtzahl (G) = 13.087 für 13-Länder-Durchschnitt; G ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land. Die Tabelleneinträge sind Randergebnisse, die berechnet werden als Prozentsatz 'sollten mehr bezahlen' abzüglich 'sollten weniger bezahlen.' Positive Nettozahlen zeigen an, dass die Befragten im Durchschnitt glauben, dass diese Akteure mehr bezahlen sollten; Negative Nettozahlen bedeuten, dass diese Befragten weniger für die Bewältigung der Krise bezahlen sollten. Die Länder sind vom höchsten zum niedrigsten Ergebnis für 'internationale Banken und Finanzinstitutionen' angeordnet. Anhang 2 enthält eine Liste der Länderkürzel.

Länderspezifische Ergebnisse

- **Stärkstes Ressentiment gegen Banken und Großkonzerne in Deutschland.** Die deutschen Befragten sind am unnachgiebigsten gegenüber Banken und Großkonzernen, die ihrer Ansicht nach mehr für die Bewältigung der Krise bezahlen sollten (extrem hohe Randergebnisse von jeweils 91 und 90 Prozent). Die Deutschen haben auch die sehr stark emotional geprägte Einstellung, dass kleine Unternehmen und Arbeitnehmer verschont werden sollten, indem sie weniger bezahlen (jeweils Randergebnisse von 40 und 48 Negativpunkten).
- **Angelsächsische Länder sind moderater.** Die Randergebnisse für Kanada, das Vereinigte Königreich und die USA sind gemäßiger als die der meisten anderen Länder. Aber auch in diesen angelsächsischen Ländern wird nachdrücklich gefordert, dass Banken und internationale Konzerne mehr bezahlen sollten.
- **Südafrika ist das moderateste Land.** Die Randergebnisse für Südafrika liegen am nächsten nahe null, was auf relative Zufriedenheit mit der derzeitigen Stand der Dinge schließen lässt.

KÜNFTIGE RICHTUNG: INVESTITIONEN IN ARBEITSPLÄTZE UND WACHSTUM

'Priorisierung von Arbeitsplätzen und Wachstum' schlägt 'sofortigen Schuldenabbau': Zwei Drittel der Befragten (66 Prozent) in den 13 Ländern bevorzugen die erste Maßnahme, der zufolge in Arbeitsplätze und Wachstum investiert werden sollte, gegenüber der zweiten Maßnahme, mit der das Sparargument vertreten und ein 'sofortiger' Schuldenabbau durch eine Kürzung der Löhne/Gehälter und eine Senkung der öffentlichen Ausgaben gefordert wird. Die zweite Option wird von lediglich 10 Prozent der Befragten bevorzugt. Vierundzwanzig Prozent konnten sich nicht entscheiden.

Der Kontrast ist in den EU-Ländern sogar noch deutlicher: Die Befürwortung einer 'Beschäftigungs- und Wachstumsstrategie' ist in den sechs EU-Ländern mit 70 Prozent sogar noch größer (4 Prozentpunkte mehr als der globale Durchschnitt). Klägliche 6 Prozent (4 Prozentpunkte weniger als der globale Durchschnitt) der Befragten in der EU befürworteten Sparmaßnahmen. Vierundzwanzig Prozent konnten sich nicht entscheiden (was dem globalen Durchschnitt entspricht).

Deutliche Befürwortung von Arbeitsplätzen und Wachstum in der G20: In der G20 fällt die Befürwortung der Beschäftigungs- und Wachstumsstrategie etwas weniger deutlich aus als der 13-Länder-Durchschnitt, mit 62 Prozent jedoch immer noch deutlich genug (4 Prozentpunkte weniger als der globale Durchschnitt). Lediglich 12 Prozent der Befragten in G20-Ländern sind für die Sparstrategie (2 Prozentpunkte mehr als global), und 26 Prozent konnten sich nicht entscheiden (2 Prozentpunkte mehr als der globale Durchschnitt).

Abb. 18 Politische Prioritäten: Arbeitsplätze und Wachstum oder sparen?**Maßnahme 1**

"Investitionen in die Schaffung von Arbeitsplätzen mit angemessenen Löhnen/Gehältern tätigen, um die wirtschaftliche Nachfrage und das Wirtschaftswachstum zu fördern, damit wir unsere Schulden abbauen können."

**Maßnahme 2**

"Sofortiger Schuldenabbau durch eine Kürzung der Löhne/Gehälter und eine Senkung der öffentlichen Ausgaben"

Frage: Wenn Sie zu entscheiden hätten, welche der beiden folgenden Maßnahmen die Regierung ergreifen sollte, um die Auswirkungen der Finanzkrise zu bewältigen, für welche Maßnahme würden Sie sich entscheiden? **Anm.** G=13.087. Antworten mit 'Weiß nicht' und 'Weder die eine noch die andere' den Antworten mit 'Beide' hinzugerechnet, um die Darstellung zu erleichtern.

Zielgruppenspezifische Ergebnisse

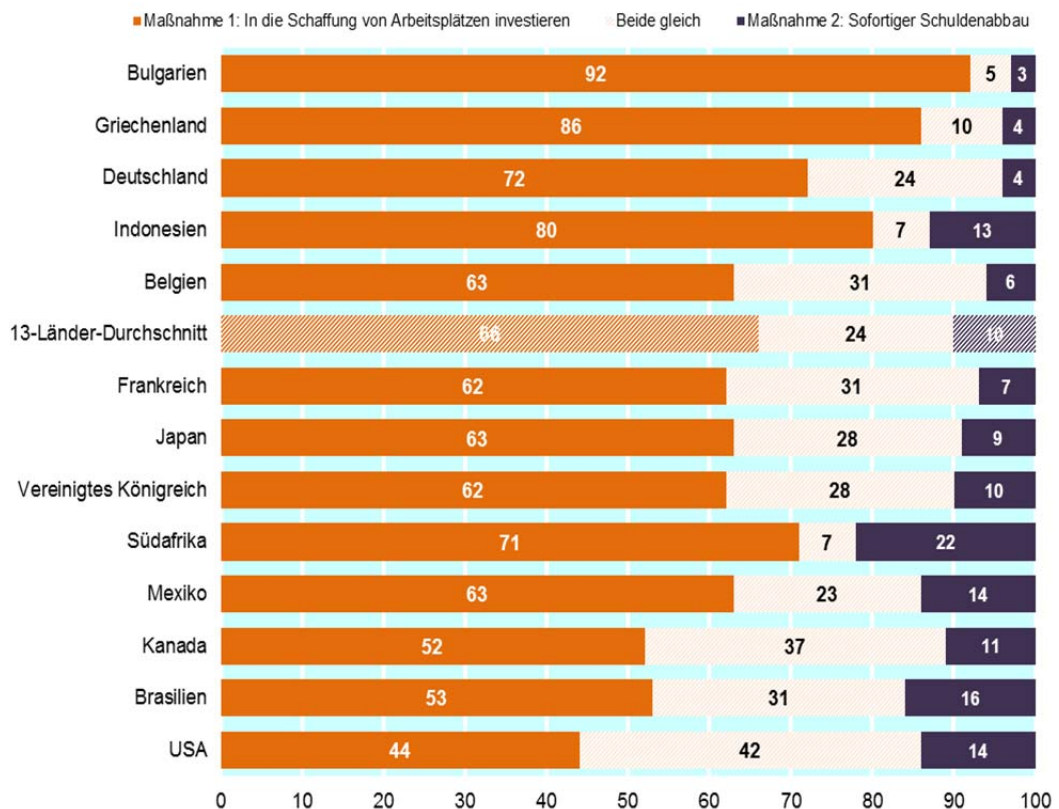
- **Generelle Befürwortung einer Beschäftigungs- und Wachstumsstrategie:** Die Präferenzen unterschiedlicher demografischer Gruppen lassen sich durchaus gruppenspezifisch auslegen (etwas mehr Frauen bevorzugen beispielsweise die Beschäftigungs- und Wachstumsstrategie, da Männer der Begleichung von Schulden traditionell mehr Gewicht beimessen). Die Unterschiede sind jedoch sehr gering und häufig kaum von zufälligen Abweichungen zu unterscheiden. Tatsächlich sind die in der vorstehenden Abbildung enthaltenen Angaben generell repräsentativ.

Länderspezifische Ergebnisse

- **Generelle Befürwortung einer Beschäftigungs- und Wachstumsstrategie:** In jedem der 13 Länder (Abbildung 19) bevorzugt die Mehrheit der Befragten eine Beschäftigungs- und Wachstumsstrategie gegenüber einer Strategie, die auf einen sofortigen Schuldenabbau abzielt.
- **Bulgarien an der Spitze:** In Bulgarien wird eine Beschäftigungs- und Wachstumsstrategie mit überwältigender Mehrheit befürwortet (92 Prozent), und nur 3 Prozent der Bevölkerung sind für einen sofortigen Schuldenabbau.
- **USA sind Schlusslicht:** Die Befragten in den USA haben ernsthafte Zweifel daran, was zuerst getan werden sollte: in Arbeitsplätze und Wachstum investieren oder die Schulden abbauen.

Frage: Wenn Sie zu entscheiden hätten, welche der beiden folgenden Maßnahmen die Regierung ergreifen sollte, um die Auswirkungen der Finanzkrise zu bewältigen, für welche Maßnahme würden Sie sich entscheiden? Maßnahme 1: 'Investitionen in die Schaffung von Arbeitsplätzen mit angemessenen Löhnen/Gehältern tätigen, um die wirtschaftliche Nachfrage und das Wirtschaftswachstum zu fördern, damit wir unsere Schulden abbauen können.' Maßnahme 2: 'Sofortiger Schuldenabbau durch eine Kürzung der Löhne/Gehälter und eine Senkung der öffentlichen Ausgaben.' **Anm.** G=13.087 für 13-Länder-Durchschnitt; G ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land. Antworten mit 'Weiß nicht' und 'Weder die eine noch die andere' den Antworten mit 'Beide' hinzugerechnet, um die Darstellung zu erleichtern. Nennung der Länder in der Reihenfolge von der größten bis zur geringsten Spanne zwischen Maßnahme 1 und Maßnahme 2.

Abb. 19 Politische Prioritäten: Arbeitsplätze und Wachstum oder sparen?



ANHANG 1
HINTERGRUNDSTATISTIKEN

	<i>Gesamt</i>	<i>G20</i>	<i>EU</i>	<i>DE</i>	<i>FR</i>	<i>UK</i>	<i>US</i>	<i>ID</i>	<i>MX</i>	<i>BR</i>	<i>SA</i>	<i>CA</i>	<i>JN</i>	<i>BG</i>	<i>EL</i>	<i>BE</i>
Männer	48	48	48	49	48	49	49	48	48	46	49	49	48	47	49	48
Frauen	52	52	52	51	52	51	51	52	52	54	52	51	52	53	51	52
18-24 Jahre alt	14	15	12	10	11	16	12	17	20	18	24	11	12	10	14	12
25-39 Jahre alt	28	29	24	23	25	23	27	33	36	37	32	25	23	26	27	25
40-54 Jahre alt	26	26	27	29	26	26	28	27	25	27	22	28	22	25	25	28
55-64 Jahre alt	14	13	15	14	16	14	15	12	9	9	10	16	17	17	14	15
Älter als 65	18	17	22	24	22	20	17	10	10	9	9	19	26	22	21	20
Geringes Bildungsniveau	6	6	4	3	3	10	1	9	10	15	3	3	4	2	16	4
Mittleres Bildungsniveau	38	40	36	38	33	47	26	40	58	51	39	33	40	27	33	35
Hohes Bildungsniveau	45	44	50	49	55	32	57	41	30	34	43	52	44	64	43	50
Schüler/Student	7	7	8	10	6	11	12	5	1	0	12	10	6	6	7	9
Kein Schulabschluss/Keine Ausbildung	2	2	2	1	3	1	5	2	1	0	1	3	6	0	1	3
In Arbeit	53	54	52	52	50	50	48	52	63	73	54	46	50	63	41	47
Arbeitslos, aber auf der Suche nach Arbeit	8	8	6	5	7	6	13	3	7	5	13	10	6	5	17	8
In Rente	20	18	27	28	32	26	22	12	3	6	11	28	16	23	23	28
Schüler/Student	8	8	8	9	6	8	5	7	10	5	14	7	5	6	9	8
Hausfrau/-mann	10	11	6	6	5	9	12	20	14	6	5	9	23	2	9	8
Sonstiges	1	2	0	0	0	0	0	6	2	5	2	0	0	1	0	0
Für ein Privatunternehmen	61	63	61	60	58	59	67	69	53	71	54	62	73	70	42	53
Im öffentlichen Dienst	18	17	23	24	29	20	13	10	17	15	18	18	6	14	18	32
Für eine gemeinnützige Organisation	5	6	6	5	6	8	11	0	9	1	4	7	7	4	0	7
Selbstständig	15	15	10	11	7	13	8	21	21	12	24	13	14	10	39	7
Gewerkschaftsmitglied	14	13	17	15	14	10	6	8	12	22	17	17	8	10	5	39
Nicht Gewerkschaftsmitglied	86	87	82	86	87	90	94	91	88	77	81	83	92	89	94	61
Gewerkschaftshaushalt	23	22	27	22	20	20	12	18	20	30	32	29	17	19	7	54
Kein Gewerkschaftshaushalt	77	78	73	78	80	80	88	82	79	70	67	71	84	80	93	46
Komme sehr gut aus	11	13	7	7	5	11	18	18	15	9	24	16	3	3	2	9
Komme gut aus	37	38	38	43	41	33	30	57	38	33	31	37	39	31	16	44
Komme mit einigen Schwierigkeiten aus	39	38	42	40	45	46	40	21	34	41	31	40	43	40	50	39
Komme nur mit großen Schwierigkeiten aus	13	11	12	10	8	11	12	3	12	16	12	8	14	24	32	9
Nicht genug Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens	14	12	11	10	7	11	11	7	26	15	15	10	10	18	29	11
Genug, aber kein Geld zum Sparen	50	48	50	47	48	47	43	50	48	60	41	47	52	61	61	48
Genug, um etwas zu sparen	32	35	35	39	42	37	39	38	22	21	36	39	33	20	9	37
Genug und viel übrig zum Sparen	4	4	3	4	3	4	7	5	2	3	7	5	5	1	1	4

ANHANG 2



TNS opinion

Weltweite Umfrage des Internationalen Gewerkschaftsbundes 2012

STICHPROBENSPEZIFIKATIONEN

TNS Opinion hat die „Weltweite Umfrage des Internationalen Gewerkschaftsbundes 2012“ zwischen dem 10. April und dem 6. Mai 2012 durchgeführt. Befragt wurden dabei Personen über 18 in Belgien, Bulgarien, Brasilien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Indonesien, Japan, Mexiko, Südafrika, Großbritannien und den USA.

In jedem Land wurden Quotenstichproben verwendet, um eine repräsentative Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Region widerzuspiegeln.

In jedem Land wurden 1.000 Befragungen angestrebt, um insgesamt etwa 13.000 Personen zu befragen.

ABK.	LÄNDER	INSTITUTE	ZAHL DER BEFRAGUNGEN	VOR ORT	DATEN
BE	Belgien	Lightspeed Research	1.001	13/04/2012	18/04/2012
BG	Bulgarien	RSM Research	1.000	17/04/2012	06/05/2012
BR	Brasilien	RSM Research	1.000	15/04/2012	06/05/2012
CA	Kanada	Lightspeed Research	1.000	12/04/2012	18/04/2012
FR	Frankreich	Lightspeed Research	1.000	13/04/2012	19/04/2012
DE	Deutschland	Lightspeed Research	1.000	12/04/2012	17/04/2012
EL	Griechenland	RSM Research	1.000	18/04/2012	03/05/2012
JN	Japan	Lightspeed Research	1.000	12/04/2012	19/04/2012
ID	Indonesien	RSM Research	1.086	18/04/2012	02/05/2012
MX	Mexiko	RSM Research	1.000	15/04/2012	06/05/2012
SA	Südafrika	RSM Research	1.000	16/04/2012	03/05/2012
UK	Vereinigtes Königreich	Lightspeed Research	1.000	10/04/2012	16/04/2012
US	Vereinigte Staaten von Amerika	Lightspeed Research	1.000	12/04/2012	18/04/2012
Insgesamt			13.087	10/04/2012	06/05/2012

Für jedes Land wurde ein Vergleich zwischen der Stichprobe und der Grundgesamtheit angestellt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von Eurostat oder den einzelstaatlichen Statistiken. Ausgehend von der Beschreibung der Grundgesamtheit wurden die Daten jedes Landes auf nationaler Ebene in Bezug auf die Zellen- und Randverteilung iterativ gewichtet.

In allen Ländern wurden Geschlecht, Alter und Herkunftsregion der Befragten beim Iterationsverfahren berücksichtigt.

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei Umfrageergebnissen um Schätzwerte handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – vom Stichprobenumfang und vom Stichprobenanteil des erhobenen Merkmals abhängt. Bei einem Stichprobenumfang von etwa 1.000 Befragungen liegen die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Stichprobenanteil	10% oder 90%	20% oder 80%	30% oder 70%	40% oder 60%	50%
Konfidenzintervalle	± 1,9 Prozentpunkte	± 2,5 Prozentpunkte	± 2,7 Prozentpunkte	± 3,0 Prozentpunkte	± 3,1 Prozentpunkte